

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mkt. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bröning. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

### Die Regierung der Besitzenden.

Brüning ist der Gefangene der Rechtsparteien. Sein neues Finanzprogramm ist so aufgebaut, daß er auf die Zustimmung der Rechten rechnen kann. Der Besitz wird geschont, erhält sogar neue Geschenke, während die minderbemittelten Volksschichten aufs neue belastet werden. Das Programm sieht ungefähr so aus:

Sechszwanzigprozentige Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen, Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden um 100 Millionen, außerdem automatischer Rückgang der Überweisungen um weitere 288 Millionen, Beschränkung des Reichsbeitrages zur Krisenfürsorge auf 420 Millionen, Fortfall des Reichsbeitrages zur Arbeitslosenversicherung, stärkere Belastung des Tabaks um 167 Millionen, Aufrechterhaltung der Ledigensteuer und des fünfprozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer, Herabsetzung der Mittel für den Kleinwohnungsbau aus der Hauszinssteuer von 800 Millionen Mark auf 400 Millionen Mark, dazu Senkung der Gewerbesteuer um 20 Prozent und der Grundsteuer um 10 Prozent, was einem Geschenk von zirka 400 Millionen an die Realsteuerpflichtigen gleichkommt.

Die Regierung Brüning will demnach auch nach ihrer Niederlage bei der Wahl gegen die Arbeiterschaft regieren. Das scheint ihr leichter zu sein als die Senkung der Preise, von der man nichts mehr hört und auch nichts merkt. Daß die Regierung eine Niederlage erlitten hat, stellt rückhaltlos auch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 10 vom 1. Oktober 1930 fest. Man hat den Eindruck, als wolle die Brüning-Regierung die Arbeiterschaft zur Verzweiflung treiben.

Zu alledem scheint es, als wolle die Regierung die Unternehmer von der Leistung des erhöhten Beitrages an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf Umwegen befreien. Die Lohnabbaupolitik des Reichsarbeitsministers läßt diese Vermutung zu. Die Unternehmer würden dann bei der Sache noch ein Geschäft machen.

Wir verdanken also die ganzen innen- und außenpolitischen Wirren und Unsicherheiten der Regierung Brüning, die noch eine Majorität hinter sich hatte. Trotzdem will diese Regierung auf Vorrat regieren. Statt ihren Rücktritt anzukündigen, sucht sie die stärkste Partei ihrem Willen zu unterwerfen, tut so, als ob es überhaupt keine Verfassung gäbe. Soll immer noch der Satz Hindenburgs maßgebend sein: „Ich wünsche eine Regierung ohne Sozialdemokraten“?

Man kann ferner angehts dieser verworrenen Zustände zu der Meinung kommen, die Regierung Brüning treibe eine Politik weiter, die zur Zerfetzung und zum Zerfall der bürgerlichen Parteien führt.

Aus dem Zerfall soll sich die bürgerliche festgeschlossene privatrepublikanische Einheitspartei bilden. In der Nationalsozialistischen Partei soll das „Bürgerturn“ seine Wiedergeburt erleben und wie Phönix aus der Asche emporsteigen. Das heißt also, Brüning betreibt die Zweifrontenbildung in der Hoffnung auf die Diktatur der Rechtsparteien, die er ja bereits eingeleitet hat.

Die Regierung Brüning kann schon heute mit Recht den bürgerlichen Parteien zurufen: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie. Beweis:

Gehaltskürzung für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden.

Herabdrückung der Arbeiterlöhne mit Hilfe des Staatseinkommenspolitik gegenüber der Arbeitslosenversicherung, Kürzung der Leistungen in der Krisenfürsorge.

Abbau von sozialen und kulturellen Ausgaben des Reiches. Drosselung des Wohnungsbaues, Abbau des Mieterschutzes, Erhöhung der Tabaksteuer. Aber ein Steuererlaß von 400 Millionen Mark an die Realsteuerpflichtigen.

Durch die Einschränkung des Wohnungsbaues und durch die ungewisse Aussicht auf Ausbringung von Bangeidern auf dem privaten Kapitalmarkt wird die Krise auf dem Baumarke verewigt, eine der wesentlichsten Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion verschüttet. Der Sammlungsakt der privatrepublikanischen Parteien kann nur entgegengekehrt werden die Sammlung der Arbeitnehmer. Schulungs- und Aufklärungsarbeit ist das einzige Mittel hierzu. Es wird jedoch leichter sein, die hinter den Nationalsozialisten herlaufenden Arbeitnehmer zu gewinnen, als die durch ein Jahrzehnt geistig verkrüppelten Proletarier, die heute zur KP.D. gehören.

Trotzdem, der Tag wird kommen, an dem die Sammlung des Arbeitnehmerheeres gelingt. Dann ist die bürgerliche Front eine hoffnungslose Minorität. Der Sieg muß unser sein, wenn auch der Kampf noch schwer ist.

### Schwarze Listen

soll es nicht mehr geben. Die Achtung von Arbeitern ist nach dem Gesetz verboten.

Und trotzdem: Aus einigen Verfügungen der Vereinigten Lausitzer Glaswerke für das H.-Werk, G.-Werk und in Weißwasser ist zu ersehen, daß Arbeiter, nicht nur aus der Glasindustrie, rücksichtslos ausgesperrt werden und daß die

Werke ihre Mitteilungen von einer zentralen Stelle bekommen, denn wie kämen die Glasbetriebe sonst dazu, Leute, die in einer Ziegelei, Steinzeugfabrik oder selbst in einer so kleinen Schablonenfabrik wie Massack in Weißwasser gearbeitet haben, zu sperren. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die zentrale Stelle der Arbeitgeberverband für Weißwasser, Muskau und Umgebung mit Herrn Dr. Scholz als Geschäftsführer ist, denn es konnte bei einer anderen Gelegenheit ja schon einmal ein Rundschreiben des Herrn Dr. Scholz veröffentlicht werden. In allen Fällen, in denen wir schlüssige Unterlagen haben, müssen wir die Gerichte zum Eingreifen veranlassen, um denjenigen das Handwerk zu legen, die Arbeiter auf solche Weise ächten. Nachstehend im Wortlaut einige dieser Verfügungen:

In H.-Werk, G.-Werk, U.-Werk. Der Metallbrücker und Schablonenmacher

Edmund Hirsch, geboren am 20. 4. 1910, ist wegen Fälschungen gegen Vorgesetzte von seinem Arbeitgeber strafflos entlassen worden. H. darf auf unseren Werken nicht zur Einstellung kommen. Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft. Seite.

Datum: Ww., 3. 5. 1929.

In H.-Werk, G.-Werk, U.-Werk.

Nachstehende Leute dürfen nicht eingestellt werden:

Alfons Schmidt, geboren 13. 6. 08, von Glasfabrik Ww. Eduard Balzer, geboren 11. 4. 11, von Glasfabrik Ww. Richard Rohok, geboren 20. 2. 13, von Glasfabrik Ww. Konrad Stiera, geboren 11. 1. 11, von Deutsche Ton- und Steinzeugwerke Krauschwitz. Otto Kirsch, geboren 21. 8. 08, von Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft. Seite.

Datum: Ww., den 4. 8. 1929.

### Ihr habt die Macht in Händen ..

Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes bewußt wird, ein so gewaltiges Übergewicht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Zehntausende von Millionen im Kassenschrank, schließlich überwindet. Bebel.

In U.-Werk, Herrn Balzer junior.

X/Schr.

Vertraulich.

Die Arbeiter der Gräflich von Arnimschen Dampfziegelei in Weißwasser sowie der Ziegelei- und Braunkohlenbetriebe, G. m. b. H., in Quosdorf (O.-L.) befinden sich im Streik. Arbeiter aus diesen Betrieben sollen bei uns nicht zur Einstellung kommen.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft. Seite.

Datum: Ww., den 15. 5. 1929.

In G.-Werk, H.-Werk, U.-Werk.

X/Schr. 739.

Bestr. Sperre:

Nachstehende Einträger sind bei der Firma Storz u. Mader kontaktbrüchig geworden, weshalb eine Einstellung bei uns zu vermeiden ist, solange die Genannten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind.

Eduard Kornitza, Erich Müller, Georg Suchanek, Hermann Balby, Walter Pysok, Georg Roskojch, Albert Roskojch.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft. Seite.

Datum: Ww., den 5. 11. 1928.

Abbau der Sozialversicherung, Achtung aller Arbeitenden, die ihre Menschenwürde verteidigen, Anshungerung der Familien, das wäre so nach dem Herzen satter Menschen, um die Arbeiter auf die Stufe von Sklaven herabzudrücken.

Unsere Mitglieder und Funktionäre müssen unbedingt ähnliche Fälle, wie oben mitgeteilt, der Organisation melden. Die Zahlstellenleitungen werden dann die Fälle untersuchen, die Unterlagen zu beschaffen suchen und sie dem Hauptvorstand bzw. der Rechtschutzabteilung einreichen.

### Kennst du deinen Verband?

Wenn dich ein junger Kollege oder eine junge Kollegin über die Entstehungsgeschichte unseres Verbandes fragt, und du kannst als älteres Mitglied keine Auskunft geben, so ist das nicht angenehm für dich. Jedes Verbandsmitglied muß seinen Verband, sein Werden, Wesen und Wirken kennen. Alles das kannst du erfahren aus der Festschrift zur vierzigjährigen Feier unseres Verbandes. Von den ersten tastenden Versuchen bis herein in die Neuzeit sind in dem prächtigen Buche die wichtigsten Etappen und Geschehnisse innerhalb unserer Organisation verzeichnet. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle den ganzen Inhalt zu skizzieren, da er, auf

214 Seiten verteilt, zu mannigfaltig ist. Das Buch bzw. das Inhaltsverzeichnis desselben kann bei den Ortsverwaltungen eingesehen und dort auch gekauft werden.

Der Preis von einer Mark ist nur ein Bruchteil des Buchwertes, sowohl ideell wie materiell. Kein Buchbinder kann heute ein solches Buch unter einer Mark einbinden. Das Wertvollste muß für jedes Mitglied selbstverständlich der Inhalt sein. Das Buch ist auf sehr gutem Papier gedruckt, enthält viele bildliche Wiedergaben und ist in Leinen gebunden.

Wer von unseren Mitgliedern sich heute diese Festschrift nicht anschafft, wird es später bedauern, wenn das hübsche Geschiedtswerk vergriffen ist.

Es empfiehlt sich, daß unsere Beitragskassierer ein Exemplar der Festschrift auf ihrem Rundgang mitnehmen, um den Mitgliedern kurz Einblick zu gewähren und Bestellungen entgegenzunehmen.

### Wirtschaft

#### und gesunder Menschenverstand.

In einer Rede auf der Bostoner Halbjahresversammlung der Nationalen Vereinigung der Baumwollfabrikanten (National Association of Cotton Manufacturers) geistelte der Vorsitzende derselben die Engstirnigkeit weiter Kreise der Wirtschaftsführer in der Textilindustrie. Er sagt u. a.: „Die Textilindustrie ist von dem Gerichtshof der öffentlichen Meinung einer Unterfuchung unterzogen und der gewohnheitsmäßigen Mißachtung der Geseze der Wirtschaft und des gesunden Menschenverstandes schuldig befunden worden. Wir müssen heute, sofort, aufhören, gegen die anerkannten Prinzipien und Geseze der modernen industriellen Entwicklung ungehorsam zu sein.“

Um dies zu erreichen, stellt er u. a. folgende Grundsätze auf, die nicht nur für die Textilindustrie gelten, und die insbesondere den deutschen Unternehmern empfohlen seien: „Du sollst die Industrie aus dem Niveau der langen Arbeitszeit herausheben, denn dadurch wird die Kluft zwischen Produktion und Nachfrage verkleinert und die Entwicklung mit der Tendenz zum sozialen Fortschritt in Einklang gebracht. Du sollst das Einkommen deines Personals nicht schmälern, denn das Gesez der industriellen Prosperität ist die Erhaltung der Kaufkraft. Du sollst Befähigung zur Geschäftsführung allem anderen voranstellen; du sollst frische junge Kräfte in die Industrie ziehen und diese ermuntern, es nicht so zu machen, wie es stets gemacht worden ist, sondern wie es am besten zu machen ist. Du sollst nicht nur durch Preise, sondern auch durch Neuerungen konkurrieren; denn heute sind die industriellen Forschungen das Tor zum Sieg im Kampf ums Dasein und zur Führerschaft.“

Ähnliche Gedanken haben die Gewerkschaften schon immer zum Ausdruck gebracht. Sie waren sich darüber klar, daß eine solche Entwicklung durchaus im Interesse der Gesamtwirtschaft liegt. Aber vielleicht haben die Unternehmer und auch andere bürgerliche Schichten mehr Vertrauen zu solchen Wahrheiten, wenn sie aus Amerika, noch dazu von Unternehmern kommen.

### Zusammenschluß unserer internationalen Sekretariate.

Nachdem im Jahre 1926 die deutschen Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter, die zu den wichtigsten Gliedern ihrer internationalen Verbindung zählten, sich mit dem Verband der Fabrikarbeiter zusammenschlossen, war voraussehen, daß damit auch die Frage des internationalen Zusammenschlusses auftauchen würde. So fand der 1927 in Paris tagende Glasarbeiterkongreß dann auch einen Antrag der holländischen Kameraden vor, der für einen solchen Zusammenschluß plädierte. Der holländische Antrag stützte sich darauf, daß nicht nur die Glasarbeiter in Deutschland dem dortigen Fabrikarbeiterverband angeschlossen sind, sondern das gleiche sei der Fall in Holland und Schweden.

Der Pariser Kongreß begrüßte die Bemühungen, die zu einer Vereinigung führen sollen, sagte aber auch, daß, ehe die internationale Vereinigung möglich wäre, erst auf nationalem Gebiet eine Vereinigung der verschiedenen Branchen erreicht werden müsse. Eine Exekutivsitung der Glasarbeiterinternationalen in Wien 1928 ging einen Schritt weiter und beschloß, dem nächsten internationalen Kongreß einen Antrag zu unterbreiten, der eine gemeinsame Konferenz der Glas- und Keramikinternationalen erstrebt. Mit diesem Antrag hatte sich der im September in Stockholm tagende Glasarbeiterkongreß zu beschäftigen. Kamerad Neumann vom deutschen Glasarbeiterverband in der Tschechoslowakei war beauftragt, das Referat zu halten, und er legte eine entsprechende Resolution vor. Sowohl die Ausführungen Neumanns als auch die von ihm vorgelegte Resolution wurden gebilligt.

Damit waren zwei andere von der tschechischen Glasarbeiterorganisation und von der niederländischen Vereinigung der Fabrikarbeiter eingereichte Resolutionen erledigt. Kamerad Victoria erneuerte in der tschechischen Resolution die Vorschläge von Paris, wonach die Notwendigkeit der nationalen Vereinigung besteht, ehe an internationalen Zusammenschluß gedacht werden könne. Die Exekutive der Glasarbeiter sollte aber die Bestrebungen zur nationalen Vereinigung unterstützen und über ihre Bemühungen dem nächsten internationalen Glasarbeiterkongreß Bericht erstatten.

Im letzten Punkt deckte die Resolution sich mit der von Neumann vorgelegten, die auch Bericht an den nächsten Kongreß vorsah.

Viel weiter ging der holländische Antrag. Er hält eine Vereinigung der internationalen Sekretariate der Fabrik-, Glas- und Porzellanarbeiter für notwendig, verlangte Verhandlungen mit den Vorständen, und wenn eine Einigung dabei erzielt wird, die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses, um die Vereinigung zu vollziehen.

Es ist unbestritten, daß hier eine Frage zur Tagesordnung stand, der große Bedeutung innewohnt. Die Glasarbeiter sind in Holland, in Norwegen und Schweden seit längeren Jahren mit den Fabrikarbeitern vereinigt. Seit der deutschen Verschmelzung sind ferner zu den Fabrikarbeitern gestoßen die Glasarbeiter in Polen, Österreich und Belgien. Die deutschen Glasarbeiter in der Tschechoslowakei haben sich mit den Keramarbeitern verschmolzen. Nur die Glasarbeiter in England, Frankreich, in den Vereinigten Staaten sowie die tschechischen Glasarbeiter haben noch eigene Organisationen. Die große Mehrheit der Glasarbeiter gehört also zu den Fabrikarbeiterverbänden, und das Drängen der Fabrikarbeiterinternationale ist verständlich.

Diesem Drängen stehen aber viele Schwierigkeiten im Wege, die schon allein aus der Verschiedenartigkeit der Sprache sich ergeben. Dazu treten die mannigfaltigen Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern, die nicht durch internationale Kongressbeschlüsse geändert werden können. Hinzu kommen Übersetzungsschwierigkeiten, die den einzelnen Redner zu großer Vorsicht verpflichten, um nicht durch falsch gewählte Worte oder Argumente Mißtrauen oder gar starke Mißstimmung hervorzurufen.

Internationale Tagungen geben aber auch keine Möglichkeit, neue Fragen bis in alle Einzelheiten hinein zu durchleuchten. Das ist selbst dann nicht möglich, wenn die Referate geschrieben und übersetzt vorliegen, wie es in Stockholm der Fall war. Nur in großen Zügen können alle Fragen durchgesprochen werden. Gedanken, die von Kameraden aufgeworfen werden, die an den vorbereitenden Exekutivsitzen nicht teilnehmen konnten, müssen späteren Diskussionen in den Exekutivsitzen vorbehalten werden. Dies schon deshalb, weil auf den Kongressen dazu keine Zeit vorhanden ist und auch niemand die Tragweite der einzelnen Vorschläge und ihre internationale Auswirkung übersehen kann.

Deshalb konnten auch die nachstehenden Ausführungen, die in Stockholm nur angedeutet wurden, nicht diskutiert werden. Wir halten sie aber für wichtig genug, um sie als Diskussionsstoff allen Kameraden zu unterbreiten mit der Hoffnung, damit die Vereinigung schneller herbeizuführen, als es mit den bisherigen Beschlüssen möglich ist. Im Jahre 1929 tagten die Kongresse der Porzellanarbeiter und der Fabrikarbeiter, in diesem Jahre tagten die Glasarbeiter. Alle drei Kongresse haben beschlossen, Beratungen mit den anderen Exekutiven aufzunehmen. Alle drei Exekutiven sollen dann den nächsten Kongressen Bericht erstatten. In keinem der angenommenen Anträge geht man darauf ein, wie man sich die Vereinigung vorstellt. Nicht einmal die Art der Verhandlungen wird einheitlich gewünscht. Der Fabrikarbeiterkongress verlangt Verhandlungen mit den beiden anderen Internationalen, die Glasarbeiter wünschen erst Verhandlungen mit den Keramarbeitern, die Keramarbeiter stellen es ihrem internationalen Komitee anheim, mit einer der beiden Internationalen oder mit beiden die Zweckmäßigkeit und die erforderlichen Voraussetzungen einer Vereinigung zu erörtern.

Bei der Verschiedenartigkeit der Auffassung über die gesamte Frage besteht die Möglichkeit, daß auch die in zwei oder drei Jahren stattfindenden Kongresse zu keinem Resultat kommen werden und eine neue Vertagung sich notwendig macht.

Wir nehmen an, daß eine Diskussion darüber, ob ein Zusammenschluß der drei Internationalen notwendig ist, keine großen Gegensätze zutage treten lassen wird. Ganz anders steht es aber mit der Art, wie dieser Zusammenschluß vor sich gehen soll. Bei der Erörterung dieser Sache steht die Frage des Ortes, wo man vereinigen kann, an erster Stelle. Die Sekretariate haben heute ihren Sitz in Amsterdam, Berlin und Paris. Neben den Sekretären haben die Fabrikarbeiter noch ihren internationalen Präsidenten in Hannover, den Kameraden Brey, die Glasarbeiter den Kameraden Gurbig als Präsidenten in Berlin. Bei den Keramikern sind beide Ämter im Kameraden Apel (Berlin) vereinigt. Nun kann man aber nicht zusammenschließen, wenn man nicht wenigstens die Sekretäre an einem Ort zusammensetzt. Also die Frage des Sitzes ist die Hauptfrage.

Die heute amtierenden Sekretäre sind eingearbeitet: sie genießen das Vertrauen aller ihrem Sekretariat angeschlossenen Länder. Mindestens aber zwei der Sekretäre müßten ihr Amt aufgeben. Ihre Kameraden müßten mit einem Personalwechsel zufrieden sein. Gerade hierin liegt die große Schwierigkeit; aber es wäre völlig verfehlt, die Sache als eine Personenfrage anzusehen. Es dreht sich um die Sachkunde sowohl bei den Keramikern als auch bei den Glasarbeitern. Wie es damit bei den verschiedenen Branchen steht, die in der Fabrikarbeiterinternationale vereinigt sind, vermögen wir mangels genauer Kenntnisse nicht zu entscheiden.

Wir wollen nur einige Probleme herausgreifen aus der Fülle der auftauchenden Fragen, um das Verlangen nach fachkundiger Leitung zu beweisen. In der Glasindustrie sowohl als in der Porzellanindustrie ist die Handarbeit immerhin noch stark verbreitet. Die Erhebung von Statistiken erfordert genaue Kenntnisse des Berufes und der verschiedenartigen Bezeichnungen der in den einzelnen Branchen tätigen Personen. Die Erfahrungen haben uns bewiesen, daß es oft sogar dem Fachmann schwer fällt, hierbei sich zurechtzufinden. Fragen der Berufskrankheiten, der Sonntagsruhe in den Glasfabriken, des vier-schichtigen Systems in der mechanischen Fensterglasindustrie, die Verschiedenartigkeiten der Arbeiterschutzgesetze in der Glasindustrie und manches andere mehr werden und können die Glasarbeiter keinem Nichtfachmann zur Bearbeitung überlassen. Ebenso liegt es in der Porzellanindustrie, soweit Staub-lungenerkrankungen und Bleikrankheiten in Frage kommen. Dann die unterschiedliche Technik, die Streitfragen über zulässige Hitze beim Ausheizen der Öfen, die Verhältnisse in den Brennhäusern an sich, vor allem die Auswertung der Verhältnisse in den Malereien müssen Sachbearbeitern überlassen bleiben.

Nicht anders liegen die Dinge in der grobkeramischen Industrie mit ihrer großen Gliederung und ihren verschiedenartigen Arbeitsmethoden. Wir können uns denken, daß auch in der chemischen Industrie, in der Papierindustrie und vielleicht auch in anderen Branchen die Dinge nicht anders liegen.

Niemand wird nun annehmen, daß in irgendeinem Lande ein derartiges Universalgenie anzutreffen ist, das alle diese Dinge meistern kann, sondern ganz selbstverständlich müssen die Aufgaben, abgesehen von allgemeinen Fragen, die alle Branchen gleichmäßig betreffen, besonders fachlich vorgebildeten Personen übertragen werden. Ganz natürlich kann der Kreis der Beauftragten aber auch nicht zu groß gezogen werden, sondern man wird für jede Branche einen Kameraden finden müssen, der in den von ihm vertretenen Industrien gründlich Bescheid weiß. Er wird kein Neuling sein dürfen, weil im internationalen Leben persönliche Bekanntschaft und langjährige Verbindlichkeit viel mehr erforderlich sind als im nationalen. Die Sprachverschiedenheit verlangt unbedingt Vertrauen untereinander.

Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß der Sitz einer gemeinsamen Internationalen nur in einem Lande mit großer Industrie sein kann. Alle in den einzelnen Industrien vertretenen Branchen müssen in dem Lande vertreten sein, in das das Sekretariat gelezt wird. Nur so ist es den beteiligten Personen möglich, sich eine gründliche Kenntnis aller Verhältnisse zu verschaffen und auf dem laufenden zu bleiben.

Und so ist die Frage eines gemeinsamen Sitzes der aller-erste Diskussionspunkt. Können sich die Exekutiven darüber

nicht einigen, dann sind Zusammenschlüsse nicht möglich. Das gilt sowohl für den Zusammenschluß von zwei oder aller drei Internationalen. Zusammenschluß ohne einheitlichen Sitz ist zwecklos. Will man diesen nicht, dann hat es keinen Sinn, die Zeit mit unnötigen Debatten und Entwerfen von neuen Resolutionen zu verschwenden, dann gibt es Besseres zu tun.

Hat man sich auf einen Ort geeinigt, dann gilt es, sich über die Arbeiten des gemeinsamen Sekretariats zu unterhalten. Hier sehen wir keine Schwierigkeiten mehr, wir brauchen oben Dargelegtes nicht zu wiederholen. Der erste Sekretär der Internationalen wird die allgemeinen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung zu behandeln haben. Ihm zur Seite stehen die Fachsekretäre, die ihre speziellen Berufsfragen in genau der gleichen Weise bearbeiten wie die bisherigen Berufssekretäre. Der internationale Sekretär und die Fachsekretäre bilden den Vorstand der Internationalen. Inwieweit es notwendig ist, ähnliche Einrichtungen, wie sie heute das internationale Komitee der Keramik oder die Exekutive der Glasarbeiter darstellen, für die einzelnen Branchen zu schaffen, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, an der ein Zusammenschluß nicht scheitern wird.

Die internationalen Tagungen der einzelnen Branchen müssen beibehalten werden, wobei lediglich zu beachten steht, ob es richtig ist, alle diese Tagungen zu gleicher Zeit und am gleichen Ort abzuhalten, um so eine Zusammenfassung der Delegationen zu einem gemeinsamen Kongreß der Internationalen zu ermöglichen.

Wird die Vereinigung auf solcher Basis erreicht, dann besteht keine Gefahr der Abspaltung. Die Länder, die bisher einer Verschmelzung sich entgegenstellten, haben dies nur getan in der Befürchtung, daß darunter die speziellen Berufsinteressen leiden. Werden die Berufsfragen wie bisher von denselben oder in den Berufsinternationalen bekanntlich Kameraden bearbeitet, dann wäre ein Widerstand nicht mehr zu befürchten.

So stellen wir uns die Vereinigung unserer drei Sekretariate vor; so und nicht anders kann sie erfolgen.

Wir dürfen internationale Zusammenschlüsse nicht überstürzen wollen. Zu solchen Dingen gehört viel Zeit, und es gehört dazu eine gründliche Vorbereitung. Die den Sekretariaten angeschlossenen Länder müssen völlige Klarheit darüber haben, wie nach einem Zusammenschluß die Arbeiten vor sich gehen sollen. Die Kongreßdelegierten aus den einzelnen Ländern können nicht allein entscheiden; sie sind nur ein Glied ihrer Organisationen, und diese haben zu entscheiden. Sagt man also nicht von vornherein, wie man sich die Dinge vorstellt, dann werden auf jedem Kongreß neue Zweifel, neue Fragen auftauchen, für die dann wieder eine längere Zeit zur Diskussion gelassen werden muß.

Die Zusammenlegung der drei Internationalen ist nur dann zweckmäßig, wenn der Schritt von allen angeschlossenen Organisationen gemeinsam gemacht wird. Internationale Aufbauarbeit ist schwierig, und mühsam Aufgebaut darf man nicht zer-schlagen. Ein Zusammenschluß hat nur dann Wert, wenn damit neue Werbekraft geschaffen wird und die Hoffnung besteht, die noch fernstehenden Organisationen zu gewinnen.

H. Grünzel.

### Frauenfragen.

Bestimmlich ist Obff, doch reif muß es sein, sonst stellen oft schreckliche Folgen sich ein.



(Gesundheitsdienst des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg.)

### Arbeiterinnen-Konferenz im Gan 12.

Am 23. September fand im Lokal „Hohenstaufen“ in Mannheim für Gan 12 eine Arbeiterinnen-Konferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Punkt: „Arbeiterinnenkongress“, Ref. Fr. Dr. Siegquet (Karlsruhe). 2. Punkt: „Die Arbeiterinnenfrage in unserem Verbände“, Ref. Kollegin Jammert (Hannover). 3. Punkt: Ver-schiedenes.

Ganleiter Kern (Ludwigshafen) eröffnete um 11 Uhr die Konferenz, an der außer 37 Kolleginnen aus den verschiedenen Betrieben 11 Kollegen aus den Jobstellen und je ein Mitglied des Hauptverbandes und des Gewerkschafts teilnahmen.

Zu Punkt 1 führte Fr. Dr. Siegquet vom Gewerbeaufsichtsamts folgendes aus:

Die Gesundheit ist das höchste und einzige Gut, das der arbeitende Mensch besitzt. War in früheren Jahren die Frau hauptsächlich im Haushalt und mit der Erziehung der Kinder beschäftigt, so wurde infolge der Erfindung der Dampfmaschine und der mechanisierten Arbeit die Frau in den Erwerbsprozess einbezogen. Der heutige Krieg macht eine Ausdehnung von Industriearbeit zur Notwendigkeit. Nach einer Statistik des Gewerbeaufsichtsamts sind heute schon ein Drittel der verheirateten Frauen zur produktiven Weiblichkeit infolge Hauswirtschaftsfragen herangezogen. Im Interesse eines gesunden Nach-wachses werden die Arbeiterinnehilfsmaßnahmen, wie Verbot der Nachtarbeit, Regelung von Pausen, Einsetzung der Gewerbeaufsicht, Arbeiterinnenkongress und dergleichen mehr geschaffen. Erhöhter läßt der Gesundheitsdienst noch viel zu wünschen übrig. Die einseitige Arbeitsweise ist für den Frauenorganismus doppelt schädlich, für die schwangere Frau gefährlich. Aufgabe und Pflicht der Frauen ist es, im Interesse ihrer Gesundheit, wo nötig, Schutzmaßnahmen, für-sorge, Gewerkschaften und dergleichen mehr zu verwenden.

Die anschließende Diskussion, an der sich die Kolleginnen Eißig, Häbler, Schag und Ulrich beteiligten, gab der Referentin Veran-laffung, im Schlusswort Erfahrungen aus der Praxis bekanntzugeben.

Bei Punkt 2, „Arbeiterinnenfrage in unserem Verbände“, ver-wies Kollegin Jammert in ihren Ausführungen auf die Lage der Ar-beiterinnen im heutigen Wirtschaftsleben und auf die Stellungnahme zur Organisation. Nach der Statistik der letzten Berufszählung vom Jahre 1925 sind 11 1/2 Millionen Frauen erwerbstätig. Eine neuere Statistik weist jedoch bereits eine Zahl von 12,1 Millionen weiblicher Erwerbstätiger auf. Die Minderbezahlung der Frauenarbeit begründet die Frau zum Ausbeutungsobjekt der Unternehmer. Mit-schuld trägt das mangelnde Klassenbewußtsein und das schlechte Organisationsverhältnis der Frauen. Mit Unterstützung der Gewerk-schaften und der Arbeiterinnenagitationskommission soll das Organi-sationsverhältnis im Interesse der Frauen gefördert werden. Auf-gabe der Arbeiterin ist es, sich intensiver innerhalb der Betriebsräte-bewegung zu beteiligen, um hierdurch Aufklärung und bessere Organisationsverhältnis zu schaffen. Ausführliche Darlegungen über das Wirken und die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats bildeten den Schluß des Referats der Kollegin Jammert. Der überaus reiche Beifall mag der Referentin als Dank ihrer fachlichen Ausführungen gelten. In der anschließenden Diskussion wies insbesondere die Kollegin Häbler auf die große Bedeutung der Frauenarbeit innerhalb unserer Industrien hin; sie forderte die anwesenden Frauen auf, sich recht zahlreich bei der Bildung der Agitationskommissionen zu be-teiligen, um Besserung im materiellen und sozialen Leben der Frauen zu erreichen.

Nach Wahl der Agitationskommission und einem Appell an die Anwesenden, das Gebörte nun auch innerhalb der Betriebe zu verwerten, schloß Ganleiter Kern mit einem Hoch auf den Verband um 4.30 Uhr die Konferenz. Die Konferenzteilnehmer stimmten das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ an.

Robert Meisezahl.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Breslau.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hielt in der Zeit vom 22. bis 24. September d. J. in Breslau ihre siebente Jahreshauptversammlung ab. Im Vordergrund der Verhandlungen stand das Thema „Arbeit und Wohnung“, über das Stadimedizinalrat Dr. med. v. Drigalski, Ministerialrat Herrmann und Obergeringieur Richter sprachen.

Die Referenten versuchten den außerordentlich wichtigen Zusammenhang zwischen Arbeit und Wohnung nachzuweisen. Neben der Betriebshygiene ist die Wohnhygiene des Arbeiters eine außerordentlich wichtige Frage. Eine Reihe der schlimmsten Krankheiten haben hier ihr Entstehungs-gelände, wie Tuberkulose, Rheumatismus u. a. Die Wohnung ist ein wichtiger Erholungsfaktor, Staub- und Schmutz-bekämpfung sind besonders wichtig. Eines der wichtigsten Erfordernisse ist die Schaffung von licht- und luftgefüllten Arbeiterwohnungen an Stelle der heute vielfach vorhandenen Wohnlöcher. Die Bedeutung der biologischen Wirkung des Lichtes gewinnt immer mehr Interesse. Die Erkenntnis, daß nicht nur die wärmependenden Strahlen des Sonnenlichtes wertvoll sind für das menschliche Leben, sondern auch die kurzwelligeren, sogenannten kalten Strahlen, die den Organismus stark beeinflussen, müssen besonders beachtet werden. Helligkeit und Licht sind die besten Kampfmittel gegen Bakterien und Krankheiten. Keine und gesunde Luft reizt den Körper zur Tiefatmung, stärkt den Organismus und bekämpft Krankheiten. Besondere Gefahren liegen in der überheizten Luft; die Möglichkeit der guten Wohnungslüftung ist von großer Bedeutung auf den Stoffwechsel und auf die Er-nährung der Gewebe. Unzureichende, ungesunde Wohnungen sind die Ursachen der meisten Kinderkrankheiten. Der moderne Arbeiterwohnungsbaue und Siedlungsbaue versucht die erkannten Schäden abzustellen, leider jedoch vielfach ver-gessend. Die Wohnküchen finden bei den Vortragenden keinen Anklang, sie entsprechen nicht den hygienischen Forderungen. Auch die Ausgestaltung der Wohnräume läßt zu wünschen übrig. Dunkle Anstrichfarben und Vorhänge sind unzweck-mäßig, helle lichte Räume vorteilhaft. Flachbauten sind dem Hochbau vorzuziehen, Gebiete mit starker Heimarbeit müssen beim Wohnungsbaue besonders berücksichtigt werden, dahin-gehend, daß Arbeits- und Wohnräume getrennt sind. Besonders diese Räume sollen hell, luftig und sauber sein. Die Wohnung soll für den einzelnen, für den Arbeiter, die Wurzelstelle seines Lebens und seiner Erholung sein. Der Ein-fluß der Wohnung auf die seelische Verfassung des Arbeiters ist von großer Bedeutung. Schlechte Wohnungen führen zu größerer Benüßtheit gegenüber den Genußgütern. Wohnung und Verkehr im Zusammenhang mit Lärmerzeugung müssen ebenfalls besonders beachtet werden. Wichtig ist auch das Problem Wohnung und Arbeitsstelle, weil heute vielfach erhebliche Entfernungen zur Arbeitsstätte zurückgelegt werden müssen. Die moderne Städtebau- und Siedlungspolitik muß in Hinsicht auf diese Punkte sich entwickeln. Mehr Grün- und Spielplätze in den stark besiedelten Wohnbezirken müssen geschaffen werden. Der Mensch, der die Hälfte bis zu zwei Drittel seines Lebens in geschlossenen Räumen, in seiner Wohnung verbringt, muß Gelegenheit haben, in hygienischen Räumen wohnen zu können.

Ein besonderes Thema bildete die Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben, worüber Gewerbedizinalrat Dr. Hoffe in ein umfangreiches, auf praktische Erfahrungen fußendes Referat hielt.

Der zweite Verhandlungstag brachte eine Reihe von kurzen Berichten über neue wichtige Beobachtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, die Einblick in eine Reihe von praktischen Fragen gewährten und neues interessantes Material über zum Teil unbekanntes Gewerbeschädigungen brachte.

Anschließend an diese offizielle Tagung der Gesellschaft fand, wie auch in früheren Jahren, ein gewerbehygienischer Vortragskursus statt, wobei von einer Reihe bekannter Gewerbedärzte Vorträge über wichtige Gebiete der Gewerbe-krankheiten und Gewerbehygiene gehalten wurden. An-schließend an den ersten Teil, Arbeit und Wohnung, war den Tagungsteilnehmern Gelegenheit gegeben, an einer Besich-tigungsfahrt zum Studium der Breslauer Siedlungs- und Wohnungsverhältnisse teilzunehmen.

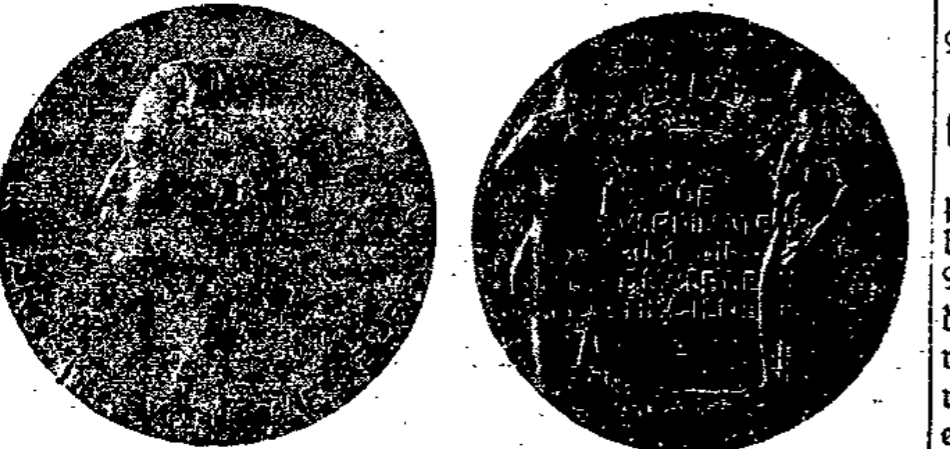
Der Versammlung lag der sechste Jahresbericht der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vor, der beweist, daß das Arbeitsgebiet der Gesellschaft dauernd im Wachstum

begriffen ist. Auch im Jahre 1929/30 hat die Gesellschaft eine rege Tätigkeit entwickelt. Grundlegende Schriften aus dem Gebiete der Gewerbehygiene wurden wiederum veröffentlicht, wodurch die Gesamtheit der Veröffentlichungen einen stattlichen Umfang angenommen hat. Verschiedene Ausschüsse der Gesellschaft haben auf vielen Gebieten der Gewerbehygiene gearbeitet, auch darüber gibt der Jahresbericht Aufschluss.

Erfreulicherweise wächst die Teilnahme der Gewerkschaften an der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene immer mehr. Die in Breslau antworfenden Vertreter haben zweifellos viele Anregungen erhalten, die sie im Interesse der Arbeiterbewegung auswerten können. Die Arbeiterchaft der Nachkriegszeit hat die Errichtung guter Wohnungen in starkem Maße unterstützt und zweifellos Bedeutendes erreicht. Vieles ist jedoch noch zu erledigen, wird aber angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse starken Widerständen ausgelegt sein; das darf uns aber nicht hindern, das Streben nach gesunden, hygienischen Arbeiterwohnungen in unerminderter Stärke zu fördern. K. Segerer.

Wissenschaftliche Ehrung.

Die 7. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, die am 23. September 1930 in Breslau zusammentrat, wurde eingeleitet durch einen besonderen Weiheakt unter gleichzeitiger erstmaliger Verleihung der „Arthur-von-Weinberg-Medaille“, die die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres ihres Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrats Dr. Arthur von Weinberg, zu seinen Ehren und zum bleibenden Gedächtnis seiner Verdienste gestiftet hat. Die Medaille soll Männern und Frauen, die sich hervorragende Verdienste um die Gewerbehygiene erworben haben, verliehen werden als ein Zeichen des Dankes und zum Ansporn für kommende Geschlechter. Die Medaille führt den Namen „Arthur-von-Weinberg-Medaille“. Sie trägt auf der Vorderseite ein Bild des Herrn Geheimen Regierungsrats Dr. Arthur von Weinberg mit der Inschrift „Arthur von Weinberg, 11. August 1930“. Auf der Rückseite sind innerhalb einer allegorischen Darstellung der Gewerbehygiene die Worte zu lesen: „Für Verdienste um die Gewerbehygiene.“ Im Gründungsjahr wird die Medaille erstmalig an fünf Personen verliehen, für zukünftige Jahre ist die Verleihung an eine, höchstens zwei Personen vorgesehen, woraus hervorgeht, daß es sich um eine seltene Ehrung handelt.



Unter den diesjährigen Empfängern der „Arthur-von-Weinberg-Medaille“ erblicken wir mit Genugtuung auch unseren Kollegen Gustav Haupt. Die Tätigkeit Gustav Haupt's auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ist in den Reihen unserer Mitglieder so bekannt, um darüber viele Worte reden zu müssen. Gustav Haupt und Gewerbehygiene sind für unseren Verband zwei unzertrennliche Begriffe geworden. Durch eine jahrelange intensive Arbeit auf diesem seinem Lieblingsgebiete hat er sich Kenntnisse erworben, die weit über das durchschnittliche Maß hinausgehen und nicht nur in den Reihen unserer Kollegen, sondern auch bei den übrigen Gewerkschaften, bei den Arbeitgebern und wissenschaftlich gebildeten Fachleuten Anerkennung und Beachtung gefunden hat. Dadurch ist es ihm möglich geworden, im Interesse unserer Kollegen immer an erster Stelle auf dem Gebiete der Gewerbehygiene tätig zu sein. Seit Jahren ist Gustav Haupt Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, in der er außerdem eine Reihe von wichtigen Funktionen ausübt. Neben seiner Eigenschaft als Mitglied der Preßkommission ist er in den wichtigsten Arbeitsausschüssen der Gesellschaft tätig. Auf dem Gebiete der Gewerbehygiene hat Kollege Haupt auch eine außergewöhnliche publizistische Tätigkeit entfaltet. Die Jahrgänge unserer Verbandszeitung „Der Proletarier“ geben Aufschluss darüber,

daß er sehr oft im Interesse unserer Kollegen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und des Arbeiterschutzes eine scharfe Feder geführt und mit rücksichtsloser Kritik auf Fehler und Mängel hingewiesen hat. In weitesten Kreisen bekanntgeworden sind ebenfalls die von ihm verfaßten Broschüren „Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie“ und die „Gesundheitlichen Gefahren in der chemischen Industrie“.

Wir hoffen, daß es unserem Kollegen Haupt, der kürzlich seinen 60. Geburtstag feiern konnte, noch recht lange vergönnt sein möge, auf gewerbehygienischem Gebiet im Interesse unseres Verbandes und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft nützlich tätig zu sein.

Die Gewerbehygiene und der Arbeiterschutz sind immer ein hervorragendes Pflegekind unseres Verbandes gewesen, der frühzeitig sich mit diesen für die Arbeiterschaft und insbesondere unsere Mitglieder wichtigen Fragen beschäftigt hat. Es erfüllt uns daher mit Genugtuung, durch die Ehrung unseres Kollegen Haupt auch die Anerkennung dieser geleisteten Arbeit zu sehen.

Unser Klassenkampf und unser Ziel.

Wir führen den Klassenkampf von unten, indem wir unsere politische Macht im Staate stärken, indem wir den Kampf der Gewerkschaften mitführen und mit allen Kräften unserer Partei dienen.

Wir führen ihn, indem wir der Demokratie, die im Staate gesiegt hat, nun auch in der Wirtschaft Bahn zu brechen versuchen, indem wir die Einflusssphäre der Gemeinwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Privatwirtschaft zu erweitern bemüht sind. Wir wollen die Volksherrschaft über die Volkswirtschaft — was ist das anderes als Sozialismus!

Wir wollen Sozialismus nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck. Er soll die arbeitenden Menschen freier machen, ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Und wir wissen, daß der Sozialismus nie das Werk brutaler Gewalt sein kann, sondern nur das Ergebnis verständnisvoll geförderter organischer Werdens. Fr. Stampfer.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Brüning und Stegerwald. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, schreibt:

„Noch sind bei Niederschrift dieser Zeilen die Sanierungspläne der Regierung in ihren Einzelheiten nicht mit Sicherheit bekannt. Heute taucht eine Meldung auf, nach der vom Beginn des neuen Etatsjahres an, also dem 1. April 1931, die Zuschüsse des Reiches an die Arbeitslosenversicherung völlig in Wegfall kommen sollen. Eine derartige Maßnahme würde bedeuten, daß die Versicherung zu ihrer Aufrechterhaltung nur auf die Beiträge der Arbeitgeber angewiesen ist. Sollte diese Regierung zu einem derartigen Beschluß kommen, und sollte sie sich auf diese Art von einer der wichtigsten Existenzsicherungen der Arbeitnehmer lösen, dann dürfte auch die Lösung der Arbeitnehmer von dieser Regierung damit ihren Anfang nehmen.“

Die deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden mit ihrer Arbeit keine Welt für sich. An dem Erfolg der wirtschaftlichen Arbeit nimmt das Reich, nehmen Länder und Gemeinden reichsten Anteil. Es ist daher nicht mehr wie recht und billig, wenn sie auch an einem eventuellen Niedergang teilnehmen. Trägt die Arbeit das Reich mit all seinen Gliedern, dann hat auch das Reich die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß im Falle der Not die Existenzsicherung der Glieder der Arbeit vom Reich mit getragen wird. In einer Zeit, wo gegenüber der Landwirtschaft eine mehr als wohlwollende Haltung eingenommen wird, kann man die wichtigste Versicherung der Arbeitnehmer nicht einer ungewissen Zukunft ausliefern, ohne unser Volk noch mehr zu zerreißten und in Bewegung zu bringen.“

Diese Eventualdrohung richtet sich in erster Linie gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Christlich organisierte Arbeiter fordern Wahrheit. Der Gauleiter Flohr vom christlichen Fabrikarbeiterverband gibt an die Mitgliedschaft seines Gaues (Köln) ein

Mitteilungsblatt „Westmark“ heraus, das mitunter im schwersten Kampfe gegen die Wahrheit liegt. Hier ein Beispiel:

Vor einigen Wochen wurde für „Feuerfest Mittelrhein“ eine Tarifbewegung zum Abschluß gebracht, wonach der Rahmenvertrag um ein Jahr verlängert wird. Die Verlängerung erfolgte durch Spruch des Schlichtungsausschusses Bonn. Der Vorsitzende bemühte sich darum, die Arbeitgeber waren dafür. Dafür stimmte auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Unser Vertreter stimmte gegen den Spruch, der von unseren Leuten in einer Versammlung nach reiflicher Aussprache abgelehnt wurde. Der Vertreter des christlichen Verbandes Hahn in Bonn nahm den Spruch an, ohne vorher mit seinen Leuten Rücksprache zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß das Verhalten des christlichen Vertreters im Schlichtungsausschuss in den Betriebsversammlungen einer scharfen Kritik unterzogen wurde und daß man den christlichen Vertreter Hahn zur Rechenschaft zog. Das veranlaßte Gauleiter Flohr, in seiner „Westmark“ Nr. 4 vom Juni 1930 unter Entstellung der Tatsachen unsere Organisation und unseren Kollegen Wagner (Bonn) anzugreifen. Wir stellten die Dinge im „Keramischen Bund“ Nr. 28 vom 12. Juli 1930 richtig. Darauf erneute Angriffe von Flohr in der „Westmark“. Die Funktionäre beider Organisationen verlangten eine Berichtigung der Unwahrheiten in der „Westmark“. Hahn kniff. Um zu einem Abschluß zu kommen, fand am 28. August in Dollendorf eine kombinierte Funktionärversammlung statt. Hahn wurde dazu eingeladen. Hahn erschien nicht, mußte angeblich dringend zu einer anderen Sitzung und schickte einen Vertreter. In der Versammlung erklärten die christlichen Vertrauensleute, daß sie das Verhalten von Flohr und Hahn, solche Unwahrheiten in die Zeitung zu setzen, scharf verurteilten. Ferner schickten die christlich organisierten Kollegen der Redaktion unserer Verbandszeitung „Keramischer Bund“ folgende Zuschrift zur Bekanntgabe:

Öffentliche Erklärung

zu den in der „Westmark“, dem Mitteilungsblatt des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, in Nr. 4 und 5 veröffentlichten Artikeln betr. Feuerfest Mittelrhein.

Wir Unterzeichneten, die im christlichen Fabrikarbeiterverband organisiert sind, haben hiermit folgendes zu erklären: Wir bebauern es außerordentlich, daß von christlicher Seite derartige Vorwürfe und unwahre Behauptungen gegen den freien Fabrikarbeiterverband sowie deren Angestellte Wagner und Wirth erhoben werden. Wir erklären hiermit öffentlich, daß die aufgestellten Behauptungen in der „Westmark“ Nr. 4 und 5 in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Wir behaupten, daß die dort aufgestellten Behauptungen von den christlichen Angestellten Hahn und Flohr nur zur Irreführung der Belegschaft der feuerfesten Industrie bestimmt waren, um sich von den begangenen Fehlern reinzuwaschen. Zunächst stimmt es nicht, daß unsere Kollegen vor der Abgabe der Erklärung dem Schlichtungsausschuss gegenüber zu dem Spruch Stellung genommen hätten. Die Erklärungsrufe lief am 13. Juni mittags 12 Uhr ab. Der christliche Angestellte Hahn hat den Spruch, ohne die Mitglieder zu fragen, angenommen. Erst am 17. Juni haben die Vertrauensleute unseres Verbandes zu der Frage Stellung genommen. In dieser Sitzung wurden wir vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Vertrauensleute des freien Fabrikarbeiterverbandes haben bereits am 10. Juni zu dem Spruch Stellung genommen und denselben einstimmig abgelehnt.

Es ist falsch, wenn in dem Artikel behauptet wird, der Angestellte Wagner vom freien Fabrikarbeiterverband hätte den Spruch allein abgelehnt. Wie die Angestellten Hahn und Flohr vom christlichen Fabrikarbeiterverband zu der Behauptung kommen können, daß der freie Fabrikarbeiterverband nur in einem Betriebe Mitglieder hätte, können wir nicht verstehen. Soweit, wie wir orientiert sind, sind wir als christlicher Verband gegenüber dem freien Verband weit in der Minderheit. In einigen Betrieben sind wir überhaupt nicht vertreten. Dieses hat der Angestellte Hahn in einer Betriebsversammlung in Oberdollendorf selbst zugegeben. In dieser Versammlung gab er weiter die Erklärung ab, für die Berichtigung Sorge zu tragen. Leider ist dieselbe bis heute nicht erfolgt. Unverständlich ist uns, daß der Arbeitnehmerbewußter für den Spruch stimmen konnte, wodurch er zum Steigbügelhalter der Arbeitgeber geworden ist. Wir müssen leider feststellen, daß durch die Heftartikel von unserer Seite aus die Gefahr besteht, daß die Kollegen vom christlichen Verband austreten und zum freien Verband überkreuzen oder unorganisiert bleiben. Übertritte sind bereits erfolgt. Auch ich erkläre hiermit, daß wenn die Hezerei in dem Maße so weitergeht, auch ich den Weg gehen werde, denn nur ein geschlossenes Zusammengehen der Arbeitnehmer kann uns vor weiterem Schaden von Arbeitgeberseite schützen.

Niederdollendorf, den 8. September 1930.

J. L. Severin Wylegala.

Der Unterzeichnete ist Mitglied des Betriebsrates als Vertreter des christlichen Fabrikarbeiterverbandes.

Dänemarkreise

von Mitgliedern des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und deren Angehörigen.

Die Jahrsstelle Dresden unseres Verbandes führte in der Zeit vom 31. August bis einschließlich 7. September 1930 die schon vor Jahren geplante Reise aus.

Gerade für die Fabrikarbeiter, die am mühevollsten ihren karglichen Lohn verdienen müssen, ist die richtige und zweckentsprechende Verwendung des Urlaubes eine Notwendigkeit. In schlechten Räumen, in hygienisch nicht einwandfreien Betriebsstätten, in Giftstätten aller Art müssen die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen ihre Gesundheit zu Markte tragen. Die Zeit des Urlaubes ist fast die einzige Möglichkeit, den abgepannten Körper wieder so zu kräftigen, daß er neuen Anforderungen gewachsen ist.

Die Arbeiterorganisationen sind deshalb schon seit langer Zeit dazu übergegangen, für verhältnismäßig geringe Kosten ihren Mitgliedern möglichst viel zu bieten. Was sich der einzelne der zu hohen Kosten wegen versagen muß, gelingt einer größeren Zahl vereint in Form einer Gesellschaftsreise. Solche Reisen haben nicht nur den Zweck, die Gesundheit zu fördern, sondern auch den Geist zu bilden und den Blick zu schärfen.

Um den Zweck der Reise zu erreichen, setzte sich die Jahrsstellenleitung mit der Bruderorganisation, dem „Dansk Arbeidsmands Forbund“ in Kopenhagen, in Verbindung, und von dort wurde in liebenswürdigster Weise zugesagt, in jeder Beziehung behilflich zu sein. Unseren dänischen Genossen den herzlichsten Dank dafür, daß sie uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich gemacht haben.

Nach eintägigem Aufenthalt auf der Insel Rügen wurde die Fahrt über Trälleborg, Malmø nach Kopenhagen fortgesetzt. Nach Ankunft in Kopenhagen schloß sich eine Rundfahrt durch die Stadt an, die uns einen Einblick gewährte in das Leben und Treiben der dänischen Einwohnerschaft.

Die dänischen Kolleginnen und Kollegen, die sich bereit erklärt hatten, uns in Quartier zu nehmen, waren rechtzeitig zur Stelle,

und wenn es auch sprachlich manchmal nicht so recht klappen wollte und viele humorvolle Zwischenfälle sich ereigneten, so wurde doch recht bald eine Verständigung herbeigeführt. Die dänische Bevölkerung versteht in viel größerem Prozentsatz Deutsch, als die deutsche Bevölkerung Dänisch. In den dänischen Schulen wird Deutsch gelehrt. Daß in deutschen Schulen Dänisch gelehrt wird (Volksschulen), ist mir nicht bekanntgeworden. Es könnte nichts schaden, wenn man die Kinder mit den Sprachen der benachbarten Nationen bekannt machen würde.

Eine Hasenrundfahrt zeigte uns den Handel Dänemarks. Große Kohlenhölzer wurden entleert, überseeedampfer brachten Erzeugnisse aus allerlei. Auch deutsche Handelsdampfer zeigten uns die Handelsverbindung Dänemarks mit Deutschland. Dieser Hasen Dänemarks gehört wohl zu den schönsten in Europa. Auch das Hasenbild selbst wird für die Teilnehmer unergötzlich bleiben.

Besichtigt werden konnte die Arbeiterbrauerei „Sjæruen“ (Die Sterne) und die Arbeitermolkerei „Enigheden“ (Die Einigkeit). Beide Betriebe sind Einrichtungen der organisierten dänischen Arbeiterschaft. In ihnen ist hygienisch, technisch und gesundheitslich alles das zur Durchführung gebracht, was das Arbeitsverhältnis günstig gestalten kann. Auch die Entlohnung der dort Beschäftigten ist den dänischen Verhältnissen entsprechend gut. Die Lebensmittel sind im Preise bedeutend niedriger als bei uns. Vor allem bei Fleisch, Milch, Butter und ähnlichen wichtigen Nahrungsmitteln für die Arbeiterschaft waren die Preise zum Teil um die Hälfte geringer als die unserigen. Der Lohn ist aber gegenüber dem Lohne in Deutschland bedeutend höher. Woraus sich ergibt, daß der dänische Arbeiter eine viel bessere Lebensweise aufweisen kann als der deutsche.

Auch städtische Einrichtungen konnten besichtigt werden. In Kopenhagen ist ein großzügig angelegtes Altersheim, genannt „Die Stadt der Alten“. Grundriss ist, den alten Leuten das Heim so wohllich wie nur möglich zu gestalten. Bezüglich der leiblichen Bedürfnisse wird alles getan, um den einzelnen Wünschen der alten Leute gerecht zu werden. Konzerte und ähnliche Veranstaltungen werden regelmäßig veranstaltet.

Auch in Helsingør, einer kleineren Stadt Dänemarks, wurde eine ähnliche Einrichtung besichtigt, und auch hier fand man dieselben Voraussetzungen wie in Kopenhagen.

Die Stadtverwaltung Kopenhagens liegt in den Händen von fünf Bürgermeistern und fünf Stadträten. Von diesen sind vier Bürgermeister und vier Stadträte Sozialisten, und man merkt überall, auch beim Wohnungsbaue, auf den Sportplätzen und sonstigen der Gesundheit dienenden Anlagen, die sorgende Hand dieser sozialistisch eingestellten Verwaltung. Die dänische Arbeiterschaft ist, prozentual betrachtet, viel besser organisiert als die deutsche. Politisch leidet die dänische Arbeiterschaft nicht unter der Zerrissenheit wie wir in Deutschland. Bei der Abchiedsfeier, die die dänischen Genossen veranstalteten, wurde durch den Genossen Robert Nielsen der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß es der deutschen Arbeiterschaft möglichst bald gelingen möchte, die Geschlossenheit und Einheitslichkeit wie vor dem Kriege wieder herbeizuführen.

Die wenigen Tage des Aufenthalts genügten, um ein enges Band der Freundschaft zu knüpfen. Verständlich ist, daß der Wunsch eines Gegenbesuches in Deutschland immer und immer wieder zum Ausdruck kam. Unseren Teilnehmern wird die Reise in dauernder Erinnerung bleiben, hat sie ihnen doch gezeigt, daß über die deutschen Grenzen hinaus der Gedanke der Brüderlichkeit, der gegenseitigen Solidarität fest Wurzel gefaßt und praktisch durchgeführt wird. Unsere Teilnehmer haben gesehen, daß man mit Hilfe eines gut organisierten Zusammenschlusses die Lage der arbeitenden Klasse wesentlich heben und bessern kann, und deshalb wird die Lehre aus dieser Reise gezogen werden können, bei uns sich dafür einzusetzen, nachzuholen, was bei uns noch fehlt.

Unseren dänischen Freunden, Genossen und Kollegen und deren Frauen und allen anderen, die mitgeholfen haben, uns die Lage in Kopenhagen so schön zu gestalten, sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich gedankt. Vor allen Dingen richtet sich unser Dank an unsere Bruderorganisation, den „Dansk Arbeidsmands Forbund“ in Kopenhagen.

Hoffen und wünschen wir, daß das organisatorische und freundschaftliche Band sich noch fester schlingen möge um die Arbeitenden aller Pänder der Erde.

„Verrückt wie die Märzhasen.“

Dieser wunderschöne Ausspruch Wilhelms fällt einem ein, wenn man das Treiben der KPD. und ihrer Presse beobachtet. Die KPD. will zu den 3 Millionen Arbeitslosen noch 18 Millionen auf die Straße holen, damit die russische Arbeiterschaft Trost findet in dem Gedanken, daß mit ihr auch die deutsche Arbeiterschaft hungert.

Losowski und Heckerl haben auf dem 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale „analysiert“ und haben „Thesen“ vorgelegt, die zur Annahme gelangten. Nach diesen Thesen soll im „Weltmaßstab“ die Arbeiterschaft möglichst schnell ihr Elend selbst vergrößern, damit die KPD.-Hauptlinge Stalin markieren können. Dann könnte man auch in Deutschland alle, die nicht den heiligen Henker anbeten, erschießen oder aus dem Lande jagen. Das bißchen Blut, das seither mit Dolch und Revolver zum Fließen gebracht wurde, kann dann massenhaft fließen.

So vernagelt ist die deutsche Arbeiterschaft aber nicht, daß sie sich von einigen Sadisten ins Unglück führen ließe. Wenn die KPD. darauf marst, kann sie alt werden. Russen und Italiener verlassen ihr Heimatland, weil blutdürstige Tyrannen dieses Heimatland zu einer Folterkammer gemacht haben. Nach gleichen Verhältnissen sehnt sich unsere Arbeiterschaft nicht.

Notwendige Schulungsarbeit.

Ein Wochenendkursus für die ehrenamtlich tätigen Zahlstellenkassierer im Gau 8 fand am 20. und 21. September in Erfurt statt. In Form einer Arbeitsgemeinschaft wurden fast alle vorkommenden Arbeiten eines zweiten Bevollmächtigten theoretisch und praktisch behandelt. In Hand der im Verbands üblichen Formulare und Vordrucke wurde das Unterstufungsweesen, die Buchführung und eine Quartalsabrechnung durchgearbeitet. Die am häufigsten gemachten Fehler wurden besprochen und die richtige Handhabung der Vordrucke demonstriert; die einschlägigen Bestimmungen der Verbandsstatuten erläutert. Die vielen aufgeworfenen Zweifelsfragen konnten vom Kursleiter, Verbandsreferent Kollegen Krenemann (Hannover), sofort geklärt und den Teilnehmern auf diese Weise mancher Fingerzeig für die praktische Tagesarbeit gegeben werden.

Der Verlauf dieses Kursus und die Zustimmung, die er allseitig bei den Teilnehmern fand, bewiesen die Notwendigkeit solch praktischer Schulungsarbeit. Alle 26 geladenen Zahlstellen waren durch den 2. Bevollmächtigten vertreten. E. Schö.

Geschäftsführerkonferenz im Gau 8.

Am 22. und 23. September kamen die Geschäftsführer in Gotha zusammen. Außer 24 Geschäftsführern waren vier Gauleiter und zwei Vorstandsvorsteher erschienen.

Am 22. September wurden in der Hauptsache Kassen- und Abrechnungsfragen behandelt. Infolge der von der Konferenz beschlossenen Tagungsänderung war es dem Vortragenden Kollegen Krenemann leider nicht möglich, die von ihm behandelten Fragen praktisch mit den Geschäftsführern durchzugehen. Trotzdem gelang es infolge des arbeitgemeinschaftlichen Charakters des Vortrages, auch in diesem Kreise eine erhebliche Anzahl Zweifelsfragen zu klären. Die einheitliche Benutzung und der richtige Gebrauch der üblichen Formulare und Kassenbücher wurde auch den Geschäftsführern demonstriert und zur Pflicht gemacht. Mancher einer der Anwesenden dürfte etwas dazugelernt haben. Sodann hielt Kollege E. Krenemann (Hannover) ein Referat über „Unsere nächsten Aufgaben“.

Die Aussprache über den Vortrag kann in ihrem Ergebnis wie folgt zusammengefaßt werden:

Der auf der Arbeiterklasse lastende wirtschaftliche Druck infolge der Anstiege weltwirtschaftlicher Depression und weitpolitischer Ereignisse.

Die freien Gewerkschaften sind nach wie vor bemüht, die Wirkungen dieser in ihrem Ausmaß fast beispiellosen Krise auf die Arbeiterklasse abzumildern.

Ohne die freien Gewerkschaften wären Lohnabtar und Verschlechterungen der sonstigen Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer längst allgemein durchgeführt.

Weißt das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften erhalten, dann wird auch diese Krise ohne katastrophale Rückschläge überwunden werden können.

Alle demokratisierenden Einflüsse sind aufs schärfste zu bekämpfen, der Widerstand dagegen durch verstärkte gewerkschaftliche Propaganda zu erhöhen.

Unmerklichkeit — Kampfbereitschaft — aber kein Pessimismus. E. Schö.

Berichte aus den Zahlstellen.

Celle. Ich fordere Sie auf...! Es erweckt tatsächlich nach den verschiedenen Vorkommnissen in der letzten Zeit den Eindruck, als wären die geschaffenen Arbeitervereinigungen für die Kieselgrubenarbeiter nicht maßgebend, zeigt doch nachfolgender Vorfall ein Bild, wie die Kieselgrubenarbeiter versuchen, aus ihren Kieselgruben einen Staat für sich zu machen. Der Verbandsangestellte Zimmermann aus Celle war von den Betriebsräten des Kieselgrubenwerks Rembeke gebeten worden, an einem ihm passenden Tage nach Cellesberg der Arbeiterzeit zu kommen, um ständige Fragen zu klären. Praktisch erschien der Kollege Zimmermann fünf Minuten vor Arbeitsbeginn. Herr König von der Direktion war anwesend. Bei Willkür des Verbandsangestellten kam wieder die gute alte Zeit in Erinnerung (Herr König war kassierender Kassierangestellter). Er kommandierte dem Kollegen Zimmermann: Ich fordere Sie hiermit auf, sofort das Werk zu verlassen! Den Befehl wiederholte er beim zweiten Male mit der Bemerkung: Die Konsequenzen, die bei Nichtbeachtung...! Ich fordere Sie hiermit auf, sofort das Werk zu verlassen! Der Kollege ließ sich aber nicht einschüchtern, und er würde sich setzen, wenn die angekündigte Anzeige erfolgen würde. Wenn Herr König das recht ernst im Betriebsratsgesetz fändere würde, dann fände er im § 31 B. G., daß ein Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen an Betriebsratsversammlungen teilnehmen darf. Übrigens hat auch jeder Arbeiter das Recht, in seiner Wohnung in den Baracken Wohnung zu empfangen, weil er für das Wohnen Miete zahlen muß. Über sind die Baracken zu klein und die Arbeiter besorgene? — Die gute alte Zeit war heiter, wo der Arbeiter in der Kieselgrubenindustrie nach 12 Stunden arbeiten durfte, ist vorüber. Noch heute sitzen die Arbeiter an den Enden dieser Zeit, weil beim Arbeiter mit einer abgelaufenen Hose und einem Butterbrot die Arbeitszeit gesteuert wurde. Nach ihrer Ansicht wird aber heute, nach Abschluß von Tarifverträgen, der Arbeiter besser bezahlt als ein Göttinger Professor. Ach ja, die Gewerkschaften, die einen Tarifvertrag zustande bringen, und die Betriebsräte, die auf die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen ihr Augenmerk richten, sie hören den Schrei der Unternehmer. Klar und deutlich zeigen solche Vorfälle, daß das Unternehmertum die Gewerkschaften das Mittelvermögen in dem Staat und Wirtschaft wächst. Tragt auch ihr, Kieselgrubenarbeiter, mit zu diesem Erstarben bei, um die uns bevorstehenden Kämpfe leichter führen zu können!

Halle (Saale). Am 25. September wurde durch den Tod einer unserer alten Pioniere und Mitbegründer der Zahlstelle Halle a. d. S., der Kollege

Ostfao Schaffernicht,

aus unserer Mitte gerissen. 32 Jahre hat er treu und unermüdet der Zahlstelle seine Kraft zur Verfügung gestellt, von Anfang an als Mitglied der Ortsverwaltung tätig, dann später durch das Vertrauen der Kollegen zum Bevollmächtigten gewählt, leitete er die Verbandsgeschäfte, bis er durch die Anstellung des zweiten Kollegen abgelöst wurde.

In den Kriegsjahren 1914—1918 war es wieder unser Kollege Ostfao Schaffernicht, welcher seine zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen als Bevollmächtigter vertreten mußte; zugleich war er viele Jahre als Hilfskassierer tätig. Als sein Augenlicht versagte, mußte die Ortsverwaltung auf gutlichem Wege versuchen, ihn von diesem Posten zu befreien, was nicht leicht war, denn er glaubte immer noch, er müsse seine Pflicht tun.

Nun ist er im Alter von 70 Jahren von uns gegangen. Mögen sich die jüngeren Kollegen ein Beispiel an ihm nehmen und in seinem Sinne weiter arbeiten. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Offendorf-Okrilla. Zu Ehren der Kollegen, welche über 25 Jahre dem Verbandsangehörigen, veranstaltete die Zahlstelle am 27. September in den festlich geschmückten Räumen des Gasthofs „Zum schwarzen Roß“ eine erhebende Jubiläumsfeier. Der gute Besuch der Veranstaltung bewies, daß die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle es sich nicht nehmen ließen, der stattlichen Zahl von 39 Jubilaren ihre Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Kollege Knöfel als Vorsitzender der Zahlstelle begrüßte aufs herzlichste den Vertreter des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes, die Vertreter der Zahlstellen Radeberg, Radeburg, Dresden, Schwepnitz, des UOGB, Ortsausschuß Offendorf-Okrilla, den Gemeinderat, die sozialdemokratische Gemeindevorstandskommision, die Vertreter der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei sowie des Zentralvereins. Die Darbietungen von Solisten der Orchesterschule der Staatskapelle, des Volkstheaters Offendorf-Okrilla, der gesamten Ortsgruppe der Turnvereine, der Turnvereine der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei sowie des Zentralvereins. Die Darbietungen von Solisten der Orchesterschule der Staatskapelle, des Volkstheaters Offendorf-Okrilla, der gesamten Ortsgruppe der Turnvereine, der Turnvereine der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei sowie des Zentralvereins. Die Darbietungen von Solisten der Orchesterschule der Staatskapelle, des Volkstheaters Offendorf-Okrilla, der gesamten Ortsgruppe der Turnvereine, der Turnvereine der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei sowie des Zentralvereins.

Scharrel. „Erfolg“ des christlichen Gewerkschaftsangehörigen Degenhardt. Die trostlosen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Oldenburger Textilindustrie veranlaßten die Lohndarbeiter zur Schaffung einer starken einheitlichen Organisation, und der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands konnte im letzten Jahre für die Lohndarbeiter eine selbständige Zahlstelle in Scharrel gründen. Trotz der schlechten Wirtschaftslage gelang es der jungen Zahlstelle, wesentliche Erfolge zu erzielen. Diese Entwicklung ist aber begrüßenswerter nicht nur den Lohndarbeitern unangenehm, sondern auch den christlichen Gewerkschaften. In einer öffentlichen Wählerversammlung der Zentrumspartei in Sebelberg blieb es dem Angestellten Degenhardt vorbehalten, über die roten Gewerkschaften herzufallen, um mit Hilfe der Pastoren die Vernichtung der freien Gewerkschaften zu erreichen. Durch Verteilung von Flugchriften, die sich an Verleumdung von denen der nationalsozialistischen nicht unterscheiden, sollte die große Entscheidungssammlung zum 23. September vorbereitet werden. In der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion sitzen 16 Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der den christlichen Gewerkschaften angehörlig ist. Zwei christliche Angestellte waren zu dieser Versammlung in Sebelberg erschienen, um die christlichen Arbeiter im roten Lager zu bekehren. Aber es kam anders, als Degenhardt gedacht hatte. Die christlichen Arbeiter bemühten sich sehr, um Degenhardt und seine mitgebrachten Genossen von ihrem falschen Wege abzubringen. Der christliche Referent wurde von den empörten Versammlungsbesuchern unterbrochen, und Kollege Ackermann konnte die Versammlung nach einer Aufforderung an die Lohndarbeiter, nun erst recht für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu werben, um durch den Zusammenschluß aller Lohndarbeiter Oldenburgs die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, schließen. Alle anwesenden Lohndarbeiter, die bisher dem Fabrikarbeiterverband noch nicht angehört, traten nach der christlichen Versammlung noch am selben Abend dem Fabrikarbeiterverband bei. Die von den Christlichen verteilten Abtrittsformulare waren dadurch gegenstandslos geworden. Wahrscheinlich, eine verdiente Abfuhr!

Weißwasser. Halbjahresgeneralversammlung. 90 Delegierte und 5 Angestellte nahmen an der Generalversammlung am 21. September teil. Kollege Krebs (Charlottenburg) ergänzte in einem ausführlichen Referat den bereits veröffentlichten Bericht über den internationalen Glasarbeiterkongreß in Stockholm. Im Geschäftsbericht wies Kollege Lange darauf hin, daß die ungünstige Arbeitsmarktlage dem Unternehmer ein willkommenes Bundesgenosse in seinem Bestreben ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unseren Ungunsten zu ändern. Die Zahl der Arbeitslosen in unserer Zahlstelle hat sich von 422 am Jahresbeginn auf 1300 im August erhöht und beträgt in den einzelnen Branchen über 25 Prozent. Das erschwert unsere Tarifgestaltung ungemein. Bei den weissen Löhnen befinden wir uns nur in einem gewissen Übergangszustand, dessen endgültige Regelung durch den Ausfall der Reichstagswahl keineswegs zu unseren Gunsten beeinflusst wird. Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch ein neues Schuljahr, evtl. Berufsurlaub für die Jugendlichen, sowie Ablösung kurzzeitig der Arbeitszeit, werden die nächsten Aufgaben sein. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Fiebig schließt das 1. Quartal mit rund 110 739 Mk. ab, das 2. Quartal mit 104 122 Mk. Die Aufwendungen für Arbeitslose sind von 17 155,60 Mk. im ersten Quartal auf 26 286,50 Mk. im 2. Quartal gestiegen. Der Vermögensbestand der Lokalkasse hat sich von 197 333,39 Mk. am Jahresbeginn auf 220 509,85 Mk. am 30. Juni gehoben. Die Mitgliederzahl konnte fast ganz gehalten werden. Sie ist von 8501 am Jahresbeginn auf 8491 am 30. Juni gesunken. Schon dieser geringe Verlust muß aber ein Ansporn sein, ihn angesichts der uns unabweisbar bevorstehenden Gefahren durch verstärkte Agitation wieder zu umarmen. In der Aussprache wurde der in einigen Branchen bestehende kritische Zustand lebhaft bedauert. Hier hat sich bereits

gezeigt, daß ein tarifloser Zustand bei solcher Wirtschaftslage der Arbeiterschaft ungemein schädigt. Damit wird auch die Notwendigkeit des Bestehens der Gewerkschaften im Wahlkampf bekräftigt, diejenige Partei zu unterstützen, die sich immer für Schaffung von Instanzenstellen eingesetzt hat, die das Zustandekommen von Tarifverträgen zu fördern haben. Die Zahlstellenleitung plant, neben Unterstufungen aus der Lokalkasse für die Erwerbslosen ein Solidaritätskonto unter den noch arbeitenden Kollegen zu veranlassen.

Abrechnung der Hauptkasse 2. Quartal 1930.

Table with columns: Einnahme, An Kassenbestand am Schluß des 1. Quartals 1930, a) Hauptkasse, b) Zahlstellen, Beiragen, Extrabeiträge, Mehr eingelangt von den Zahlstellen, Einzelmitgliedern, Erlösbüchern, Kraftwagen, Protokollen, Bäckern und Brotschären, Bürobedarf, „Proletarier“, Film, Sinsen, zurückgezahlte Unterstufungen, zurückgezahlte Beiragen, sonstigen Einnahmen, aus dem Vermögensbestand, Beiragen zur Unterstufungskasse, Summe.

Table with columns: Ausgabe, Der Erwerbslosen-Unterstützung: a) an Reisende, b) an Arbeitslose, c) an Kranke, Inwaldenunterstützung, Rechtschutz, Gemahregelunterstützung, Amzugsunterstützung, Kostlagenunterstützung, Sterbegeld, Streitunterstützung, Anteile der Zahlstellen, Marken und Stempel, Porto, Postschek- und Bankposten, Vorstand- und Ausschußstufungen, Revisionen der Hauptkasse und der Zahlstellen, Gehälter, Versicherungsbeiträge, Druck und Papier des „Proletariats“, Verbandskosten des „Proletariats“, Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen, diverse Druckfachen, Verband- und Padmaterial, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar, Büromaschinen und Reparaturen, Buchbindarbeiten, Kraftwagen und Kraftwagenbedarf, Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung, Büroeinrichtungen und Bürobedarf, Bürohaus Rathenauplatz, Tarifverhandlungen, zentrale und lokale Tarifinstanzen, Konferenzen, Agitation, Film, Gauverwaltungen, Keramischen Bund, Arbeiter-Wirtschaftsschulen und Kurse, Schule Wennigsen, Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, internationale Verpflichtungen, Verwaltungen verschiedener Zahlstellen, Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt, sonstige Ausgaben, Vermögensbestand, Kassenbestand am Schluß des 1. Quartals 1930, a) Hauptkasse, b) Zahlstellen, Summe.

Hannover, den 30. September 1930. Hauptkassier, Vorsitzender: Karl Gremmel, Revisor: Carl Köhler, 1. Kassierer: H. Löbmann, Revisor: Otto Stawitzki, 2. Kassierer: Rich. Stolle, Revisor.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch gefohlen. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Paul Schmidt, Mitglied der Zahlstelle Kottbus, Buch-Nr. 1 043 243, ist angeblich gefohlen. Schmidt ist geboren am 9. September 1880 in Dröbzig, dem Verbandsmitglied am 21. März 1909. Sollte das Buch vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen und an den Hauptvorstand einzuliefern. Der unrechtmäßige Besitzer ist polizeilich festzustellen.

Ausgeschlossen.

wurde gemäß § 14, Ziff. 3a in Verbindung mit § 14, Ziff. 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Weißwasser: Artur Hubert, Buch-Nr. 1 057 917.

Zahlstelle Döbeln i. Sa.

Als Geschäftsführer wurde Kollege Karl Ortlepp aus Walkershausen (Sax.) gewählt. Allen Werbern besten Dank, [2.— Mk.]

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Emdor Leipzig, 1930. Heft 9. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, O. u. d. S., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. Das Septemberheft der vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin, herausgegebenen Monatschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“ enthält interessante Abhandlungen, von denen insbesondere der Aufsatz „Lohnpolitik und Goldstandard in Großbritannien“ von Interesse ist. In einer weiteren Abhandlung wird die Struktur der polnischen und französischen Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Agrarfrage behandelt. Es folgen zahlreiche Rundschreiben über das Schlichtungsverfahren in Sowjetrussland, die Arbeitslosigkeit, die Arbeitszeit und Höhe und den internationalen Austausch junger Arbeiter, die internationale Ein- und Auswanderung, die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern sowie über die Arbeitslosen der Lebenshaltungskosten in den wichtigsten Ländern der Welt. Die „Internationale Rundschau der Arbeit“ kann zum Preise von 1,50 Mk. je Heft, im Jahresbezug (12 Hefte) 15 Mk., zuzüglich Porto durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin NW 40, bezogen werden.

## Chemische Industrie

### Preisabbau in der Gummiindustrie.

Nachdem vor einiger Zeit in der Linoleumindustrie Preisabbaumaßnahmen vorgenommen worden sind, hat sich auch die Gummiindustrie zu einem Preisabbau entschlossen. Seit einiger Zeit schweben schon Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium, die auf den jetzt erfolgten Abbau hinarbeiteten. Die Folge der Verhandlungen ist, daß eine Preisermäßigung für Autoreifen vom 1. Oktober d. J. an eintreten wird. Wenn auch der Abbau den Wünschen der Verbraucher noch nicht entspricht, so ist doch zunächst der Anfang mit der Preislenkung gemacht worden. Schon seit längerer Zeit ist die Gummiindustrie wegen ihrer Preispolitik in starkem Maße den Angriffen der Öffentlichkeit ausgesetzt. Veranlaßt wurde die Kritik dadurch, daß innerhalb eines kurzen Zeitraumes auf dem Rohgummimarkt Preisrückgänge eingetreten sind, wie sie vorher niemand für möglich gehalten hätte, nachdem jahrelang die Gummipreise ein verhältnismäßig sehr hohes Niveau gehalten haben. Die Preise fielen infolge der Aufhebung der Gummizwangsbewirtschaftung sowie der Pflanzungspolitik in den Heimatländern des Rohkaufschuhs. Außer diesem starken Fallen der Rohgummipreise gingen auch die Preise für Baumwolle, ebenfalls ein wichtiges Rohmaterial, sehr herunter, so daß für die Gummiindustrie wesentliche Ersparnisse erzielt werden konnten. Demgegenüber versuchte die Gummiindustrie nachzuweisen, daß der Abbau für wichtige Rohprodukte ausgeglichen wird durch die inzwischen allgemein gestiegenen Betriebskosten sowie durch Steuererhöhungen, die den Betrieben eine erhebliche Mehrbelastung gebracht hätten. Die in Deutschland vertretenen ausländischen Gummifabriken versuchten weiterhin einen Preisabbau dadurch zu verhindern, daß sie auf die hohen Zölle sowie Speditionskosten hinwiesen, wodurch das Geschäft in Deutschland wenig gewinnbringend gewesen sei. Sie begründeten nach ihren Worten theoretisch einen Preisabbau, glaubten ihn jedoch aus praktischen Gründen ablehnen zu müssen.

Nach langen Verhandlungen wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Nach einer Mitteilung des Vereins deutscher Gummireifenfabrikanten wird eine große Anzahl von deutschen Reifenfabriken vom 1. Oktober an die Preise für Personenwagenreifen um fünf Prozent, für Lastwagenreifen (Reifenluft- und Elastoreifen) um zehn Prozent herabsetzen. Die Firmen erklären, daß diese Preislenkung vorgenommen wird, um sich der eingeleiteten Aktion für Preisverbilligung nicht zu verweigern, und um nichts zu veräumen, was zur Hebung der sinkenden Nachfrage führen könnte.

Ob damit das Ende der Preislenkung erreicht ist, ist vorläufig nicht zu entscheiden. Von der verbrauchenden Industrie wird erwartet, daß die Preise weiter stufenweise bis zu 25 Prozent abgebaut werden. Hierzu erklären jedoch die Gummireifenfabrikanten, sich der Meinung enthalten zu müssen.

Neben der Preisbildung der Gummireifenfabrikanten wurde auch die Tätigkeit der Händler einer starken Kritik unterzogen. Namentlich vom Reichswirtschaftsministerium soll darauf hingewiesen worden sein, daß die Händlerverdienstspanne ebenfalls reduziert werden muß. Durch Buchprüfungen soll festgestellt worden sein, daß im Durchschnitt der Händler seither nach Abzug der Unkosten einen Verdienst von 6,7 Prozent erzielt hat. Wir bezweifeln diese Angaben, da nach unseren Kenntnissen die Verdienstspanne der Händler ganz bedeutend höher liegen muß. Die Händler sollen sich dann bereit erklärt haben, auf 2½ Prozent ihres Verdienstes zu verzichten, so daß ihnen zukünftig ein Verdienst von 4½ Prozent verbleiben soll.

Diese Preislenkung haben jedoch die Gummifabrikanten nicht ohne entsprechende Gegengaben zu empfangen vorgenommen. So wird mitgeteilt, daß ihnen dafür von der Reichsregierung wesentliche Zugeständnisse auf Kartellschutz gemacht worden sind. Zur Durchführung der Preislenkungsbestimmungen soll unter Billigung des Reichswirtschaftsministeriums beschlossen worden sein, daß der autonome Preischutz bis Ende des Jahres beibehalten werden soll. Vom 1. Januar 1931 an sollen weiter ausgearbeitete Preislenkungsbestimmungen herausgegeben werden, die einen kartellmäßigen Schutz der Gummifabriken darstellen. Man hört auch gleich, wie dieser Schutz sich auswirken soll, nämlich, daß bei Verfehlungen gegen die Preislenkungsbestimmungen durch Gewährung unzulässiger Rabatte die Fabriken in ihrer Gesamtheit dem betreffenden Händler die Lieferung sperren müssen. Das bedeutet einen starken Schutz der Unternehmer durch das Reichswirtschaftsministerium, sofern dieses seine Zustimmung gibt, woran nicht zu zweifeln ist. Die Zugabe soll bereits grundsätzlich erfolgt sein. Der Grund, weshalb sich das Reichswirtschaftsministerium hierzu bewegen läßt, sei der, um den dauernden Unterbietungen, die zum Schaden der gesamten Händlerschaft und zum Ruin ihrer Existenz führen, Einhalt zu gebieten.

Die Reifenfabrikanten und die Händler haben durch diesen Preisabbau bewiesen, daß diese Maßnahme von der Gummiindustrie ohne wesentlichen Schaden getragen werden kann. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Gummiindustrie durch stärkere Konzentration und durch noch schärfere Rationalisierungsmaßnahmen versuchen wird, die geschmälerte Gewinnspanne auszugleichen. Die Reifenindustrie ist heute eine der bestorganisierten und rationalisierten Industrien. Die Arbeitsleistung ist gewaltig gesteigert worden. Wenn auch bestritten wird, daß der Preisabbau für Rohgummi, Baumwolle usw. die Produktionskosten bedeutend günstiger gestaltet hat, so müssen wir doch feststellen, daß der Preisabbau für wichtige Rohprodukte der Gummiindustrie zweifellos großen Nutzen gebracht hat. Die Geschäftsentwicklung der Gummibetriebe, namentlich der

Betriebe des Contifrustes, beweisen dies. Starke Arbeiterverminderung bei gleichzeitig stark gesteigerter Produktionsleistung, gute Geschäftsergebnisse in Form von glänzenden Reingewinnen weisen einer großartigen Abschreibungs- und Rücklagepolitik zeugen nicht davon, daß die Gummiindustrie zu den sogenannten notleidenden Industrien gehört.

Die Gummiindustrie ist eine derjenigen Industrien, die einen Preisabbau ohne großen Schaden ertragen kann. Sorgen wir durch gute Organisation in der Gummiindustrie dafür, daß die Arbeiter nicht die Leidtragenden dieser Preisabbauaktion werden.

R. Segerer.

## Papier-Industrie

### Ausperrung in Memel.

Vor einiger Zeit wurde in Memel ein Allgemeiner Arbeitgeberverband gegründet. Um seine Existenzberechtigung zu beweisen, forderte derselbe nach ganz kurzem Bestehen einen Abbau der Löhne in der Memeler Industrie. Während dieser Arbeitgeberverband in der Memeler Holzindustrie einen Lohnabbau von 16 Prozent verlangte, gab er sich für die zum Schaffenburg Konzern gehörige Memeler Zellulose- und Papierfabrik mit einer Lohnabbauforderung von 10 Prozent zufrieden. Begründet wurden diese Lohnabbauforderungen mit der allgemeinen Absatzkrise und mit steuerlichen Belastungen, die beide zur Unrentabilität der Betriebe führen würden. Von der Direktion der Zellulosefabrik wurde ferner die kühne Behauptung aufgestellt, daß

## Mehr als drei Millionen Arbeitslose

bieten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ihre Dienste an. Mehr als drei Millionen Arbeitslose, über denen beständig die Peitsche des Elends und der Sorge schwebt, die in stetem Kampfe mit Hunger und Entbehrung stehen, hat die priokapitalistische Wirtschaftsordnung aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, in wirtschaftliche Not und in seelische Verzweiflung gestürzt. Ein Wirtschaftssystem, das seinen Lohnsklaven nicht mehr das nackte Leben sichern kann, sondern sie erbarmungslos dem Elend überläßt, eine Wirtschaftsordnung, die den einzigen Zweck, dem sie dienen soll, ganz außer acht läßt und die nur des Privatprofites wegen produziert, ist wert, daß sie beseitigt und durch eine gerechtere, soziale Ordnung ersetzt wird. Wer das will, muß sich den Kampforganisationen der freien Gewerkschaften anschließen. Durch die freien Gewerkschaften geht der Weg zur sozialistischen Gemeinwirtschaft, in der die Arbeit volle Anerkennung und Bewertung findet, in der alle Menschen frei und glücklich sind.

## Stärkt die freien Gewerkschaften! Werbt für Euren Verband!

der Zellulosepreis bis zu 3 Mark pro Tonne unter die Entfertigungskosten zurückgegangen sei und daß infolgedessen seit zwei Monaten die Produktion nicht hätte verkauft werden können. Um weiterhin der Memeler Kollegenschaft die Lohnabbauforderung schmachhaft zu machen, wurde die Schwindelnachricht aufgefächert, daß bereits im Juli d. J. in den Schaffenburg Betrieben des Konzerns eine Lohnreduzierung durchgeführt worden sei; infolgedessen hätte die Direktion der Memeler Zellulosefabrik von der Generaldirektion Schaffenburg die strikte Anweisung erhalten, auch in Memel die Löhne zu kürzen.

Von der Memeler Arbeiterschaft und dem Memeler Gewerkschaftsbund wird mit Recht die von der Memeler Direktion behauptete Senkung der Zellstoffpreise in diesem Ausmaße bezweifelt. Man ist der Auffassung, daß die Zellstoffindustrie innerhalb der internationalen Papiererzeugungsindustrie die rentabelste Industrie darstellt. Nachgewiesen wird ferner, daß infolge der Auflösung des Landtags die angebliehen neuen steuerlichen Belastungen nicht zur Auswirkung kommen konnten.

Ferner bestrittet die Memeler Kollegenschaft ganz entschieden, daß auch die finanzielle Lage des Unternehmens derartige Lohnabbauforderungen notwendig mache. Einem Aktienkapital von fünfzehn Millionen Lit stehen Werte an Fabrik- und Wohngebäuden, Maschinen und Apparaturen, Beständen an Rohstoffen usw., an Bankguthaben und dergleichen im Gesamtbetrage von 36 498 996 Lit gegenüber. Dazu haben in den letzten Jahren jährlich 1 500 000 Lit als stille Reserven einem Fonds zugeführt werden können, der nach Auffassung der dortigen Arbeiterschaft zur Zeit auf mindestens 10 Millionen Lit aufgelaufen ist. Die Tatsache, daß im Jahre 1929 den Aktionären 1 500 000 Lit als Dividende zugeführt werden konnten, spreche gleichfalls von keiner Notlage des Unternehmens.

Unter dem Einfluß des neugegründeten Arbeitgeberverbandes wurden diese Einwendungen der Arbeiterschaft natürlich nicht anerkannt. Da die Kollegenschaft sich weigerte, den Lohnabbau bedingungslos hinzunehmen, machte die Direktion der Memeler Zellulosefabrik durch Anschlag vom 1. September bekannt, daß das Arbeitsverhältnis der Belegschaft zum 15. September 1930 gekündigt sei. Rückwärts hat die Direktion diese Ausperrung durchgeführt, von der 900 Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen wurden. Lediglich 79 Arbeitnehmern wurde nicht gekündigt, da diese zur Aufrechterhaltung der Notstandsarbeiten von der Firma benötigt werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Generaldirektion in Schaffenburg alle Ursache hat, sich die Verhältnisse in Memel einmal näher anzusehen, denn Leidtragende dieser Ausperrung werden nicht nur die Arbeitnehmer durch ihren Lohnverlust, sondern auch der Konzern durch die dadurch zum Ausfall gekommene Produktion sein. Die deutsche Kollegenschaft bitten wir dringend, keinerlei Arbeitsangebote nach Memel anzunehmen.

G. Stähler.

### Lohnschiedspruch in Norwegen.

Der Arbeitgeberverband für die norwegische Papiererzeugungsindustrie verlangt von unserer Bruderorganisation eine sofortige Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent und eine weitere Lohnherabsetzung von 5 Prozent am 15. Januar 1931. Insgesamt sollten demnach die Löhne um 15 Prozent abgebaut werden. Daneben versuchten die Arbeitgeber im Rahmenvertrag Verschlechterungen in den sonstigen Arbeitsverhältnissen herbeizuführen. Demgegenüber verlangten die Arbeitnehmer Verbesserung der tariflichen Bestimmungen.

Die am 17. Juli zwischen den Vertragsparteien begonnenen Verhandlungen endeten am 24. Juli ergebnislos. Nach Abbruch dieser Verhandlungen reichte am 31. Juli unsere norwegische Bruderorganisation für 67 Betriebe der Papiererzeugungsindustrie mit insgesamt 12 500 beschäftigten Arbeitnehmern die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ein. Die übrigen Verbände der Arbeitnehmer, soweit deren Mitglieder in der Papiererzeugungsindustrie beschäftigt sind, folgten diesem Beispiel.

Auf Veranlassung des staatlichen Schlichters fanden in der Zeit vom 6. bis 12. August 1930 abermals Verhandlungen zwischen den Tarifparteien statt, die durch das Verhalten der Unternehmervertreter ergebnislos verliefen. Am 16. August war für die Arbeitnehmer die Kündigung des Arbeitsverhältnisses abgelaufen. Am gleichen Tage kamen die Tarifparteien auf Veranlassung des Generaldirektors der Norwegischen Bank zu nochmaligen Verhandlungen zusammen. Die Verhandlungen fanden abermals unter Leitung des Reichsschlichters statt. Auf Veranlassung des Generaldirektors der Norwegischen Bank kam ein Schiedspruch zustande, wonach der geltende Tarif bis zum 15. März 1931 verlängert wird. Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien angenommen, nachdem die Unternehmer zugestimmt und die Arbeitnehmer durch Abstimmung den Vorschlag akzeptierten.

Die Löhne der über 18 Jahre alten Arbeiter betragen 1,25 Kronen und die der Arbeiterinnen 88 Ore je Stunde.

Die Lohnabbauforderungen der norwegischen Papiererzeugungsindustriellen sind schon deshalb unverständlich, weil seit dem Jahre 1925 die Verdienste der Arbeitnehmer in der norwegischen Papiererzeugungsindustrie um rund 31 Prozent abgebaut wurden. In der vom deutschen Statistischen Reichsamt herausgegebenen amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ befindet sich eine Zusammenstellung der Einkommen und Verdienste, einschließlich der Akkordverdienste, für die Arbeiterschaft der norwegischen Papiererzeugungsindustrie. Danach gestalteten sich diese folgendermaßen:

Fabriken	1925		1927		1928		1929		Lohnabbau in %
	Kr.	R.M.	Kr.	R.M.	Kr.	R.M.	Kr.	R.M.	
Zellstoff	14,94	16,73	10,60	11,87	10,28	11,51	10,46	11,72	30
Papier	14,17	15,87	10,12	11,33	9,87	11,05	9,82	11,—	30,7
Holzschiff	14,77	16,54	10,29	11,52	9,86	11,04	9,94	11,13	32,7
Im Durchschnitt	14,60	16,35	10,34	11,58	10,03	11,23	10,03	11,23	31,3

Die Umrechnung von der norwegischen in die Reichswährung wurde von uns vorgenommen, wobei wir den Wert der norwegischen Krone zu 1,12 R.M. berechnet haben.

Unter diesen Verhältnissen ist der Widerstand unserer norwegischen Kollegen gegen jeden weiteren Lohnabbau selbstverständlich. Wir freuen uns deshalb, daß es trotz der schlechten Geschäftskonjunktur unseren norwegischen Kollegen gelungen ist, dem dortigen Arbeitgeberverband eine Niederlage beizubringen.

G. Stähler.

### Die Tapetenausfuhr.

In der „Tapete“ Nr. 17 veröffentlicht Dr. Karl-Heinrich Peters einen Artikel über die Ausfuhr deutscher Tapeten und Tapetenböden, dem wir folgendes Zahlenmaterial entnehmen:

Jahr	Gewicht in Doppelzentner = 100 Kilogramm	Wert in Mark	Einheitswert in Mark für 1 Doppelzentner
1909	129 514	9 818 000	76
1910	139 003	10 182 000	73
1911	130 979	9 596 000	73
1912	126 533	9 484 000	75
1913	119 718	9 161 000	77
1922	97 361	—	77
1923	71 870	7 476 000	104
1924	86 535	9 141 000	77
1925	82 324	9 292 000	113
1926	87 804	10 063 000	105
1927	103 190	10 736 000	104
1928	122 828	13 580 000	111
1929	124 425	14 066 000	113

Der Einheitswert in Mark pro Doppelzentner für das Jahr 1929 wurde von uns errechnet und in die Tabelle mit eingelegt. Diese Tabelle hat Dr. Peters in seinem Artikel getrennt behandelt, und zwar zunächst einmal für die Vorkriegsjahre von 1909 bis 1913 und für die Nachkriegsjahre von 1922 bis 1929. Für die Vorkriegszeit errechnet Dr. Peters eine durchschnittliche Jahresausfuhr von 129 109 Doppelzentner. Der Einheitswert für den Doppelzentner der ausgeführten Tapeten und Böden beträgt von 1909 bis 1913 75 Mark. In der Nachkriegszeitabelle von 1922 bis 1929 errechnet Dr. Peters die mengenmäßige jährliche Ausfuhr im Durchschnitt mit 97 079 Doppelzentner. Danach hätte die durchschnittliche Jahresausfuhr nach dem Kriege nur 75,19 Prozent der durchschnittlichen Jahresausfuhr der Jahre 1909 bis 1913 erreicht.

Hingewiesen muß aber werden, daß auch vor dem Kriege, und zwar von 1910 bis 1913, die Ausfuhr mengenmäßig bereits um 16,11 Prozent zurückgegangen war. Ferner glauben wir, daß die abnormen Verhältnisse in den Inflationsjahren 1922 und 1923 als Wertmesser kaum geeignet sind. Für den heutigen Stand der Ausfuhr ist festzustellen, daß mengenmäßig betrachtet, die Ausfuhr im Jahre 1929 die des Jahres 1913 bereits wieder überschritten hat.

Recht eigenartig fällt uns folgende Bemerkung in dem Artikel von Herrn Peters auf:

„Den wertmäßigen Vergleich (und zwar für die Zeit von 1922 bis 1929) lassen wir beiseite, da man nach dem Kriege mit weit höheren Geschäftskosten zu rechnen hatte, die somit auch höhere Verkaufspreise bedingten, so daß ein mehr oder weniger einwandfreier Vergleich heute nur der Menge nach erfolgen kann. Auch in vorstehender Tabelle fehlen die Werte beim Jahre 1922 und der Einheitswert bei 1923, da dieselben sich mit einer bestimmten Sicherheit nicht feststellen lassen.“

Diese Bemerkungen zeigen recht deutlich, wie es gemacht wird, wenn man im Unternehmerinteresse etwas verschleiern will. Wenn Herr Peters sagt, daß sich der Ausfuhrwert im Jahre 1922 nicht einwandfrei feststellen läßt, dann grenzt es immerhin an Leichtfertigkeit, wenn er für das gleiche Jahr einen Einheitswert der Ausfuhr pro Doppelzentner mit 77 Mk. berechnet. Warum der Einheitswert für 1923, nach dem die Ausfuhrmenge dem Gewicht nach und dem Werte nach von Herrn Peters festgestellt wird, nicht errechnet werden kann, ist ebenso unerfindlich. Wir haben dieses nachgeholt und herausgerechnet, daß für 1923 der Einheitswert pro Doppelzentner 104 Mk. beträgt. Dieser Einheitswert ist allerdings für das Inflationsjahr 1923 außerordentlich hoch. Da Dr. Peters es unterlassen hat, für die Nachkriegsausfuhr den durchschnittlichen Einheitswert pro Jahr auszurechnen, haben wir auch dieses nachgeholt. Dabei konnten wir allerdings das Jahr 1922 nicht berücksichtigen, da in der Peterschen Tabelle der Ausfuhrwert für 1922 fehlt. Für die Zeit von 1923 bis 1929 haben wir dann einen Einheitswert im Durchschnitt von rund 109 Mk. für einen Doppelzentner errechnet. Verglichen mit dem von Dr. Peters errechneten Einheitswert von 75 Mk. pro Doppelzentner in den Vorkriegsjahren von 1913 bis 1919 ergibt, daß gegenüber in den Nachkriegsjahren von 1923 bis 1929 der Einheitswert für den Doppelzentner Tapetenausfuhr um rund 70 Prozent gestiegen ist.

Wenn Herr Peters die „unvergleichlich hohen Lohnsteigerungen“ nebst anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten als ausfuhrhemmend hinstellt, so ist das nicht mehr und nicht weniger als eine der üblichen privatkapitalistischen Phrasen. Den besten Beweis bietet das Jahr 1923. Während damals die Löhne der Tapetenarbeiter kaum einige Goldpfennige betrugen, erreichten die Tapetenindustriellen für ihre Ausfuhrware den höchsten Einheitswert von über 104 Mk. pro Doppelzentner. Dieser Wertfuß dürfte der höchste sein, der in der deutschen Tapetenindustrie bis zum Jahre 1923 überhaupt erreicht werden konnte. Die Steigerung des Einheitswertes für den Doppelzentner Tapeten um 70 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit beweist ferner mit aller Deutlichkeit, daß die eingetretenen Lohnsteigerungen von der Tapetenindustrie mit Leichtigkeit getragen werden konnten.

G. Stähler.

**Puffschiffen?**

In dem kleinen Landstädtchen Mirow in Mecklenburg-Strelitz befindet sich in dem ehemaligen Volksschullehrer-Seminar eine Sportschule. Das Grundstück gehört dem mecklenburgischen Staate.

Im „Dortmunder Generalanzeiger“ Nr. 257 vom 18. September 1930 behauptet nun ein „Falk“ zeichnender Artikelschreiber, daß diese Sportschule „ihre Liebe zu Schwarz-Weiß-Rot gern öffentlich bekunde“, und daß die Generaldirektion der Feldmühle die Hauptgeldgeberin dieses Unternehmens sei. Wörtlich heißt es dann:

„Direktor Gottstein und sein Kollege Adé-Pallemant sind die Generaldirektoren des Konzerns Feldmühle-Reisholz in Düsseldorf. Sie besitzen in Schölin b. Steftin den größten Betrieb und sind mit die reaktionärsten Herren in der Papiererzeugungindustrie. Beide Herren stehen auf der äußersten rechten Seite, nämlich aber nach rechts hin den Bierern, besonders der Herr Generaldirektor Gottstein. Sie sollen beide, während andere Leute dabei vorgehoben werden, die gelbe Werkereizbewegung und in recht hervorragendem Maße den „Stahlhelm“ unterstützen.“

Sie haben auch mehrere ehemalige Offiziere in ihren Betrieben, besonders in Schölin, die sehr aktiv für den „Stahlhelm“ eintreten und nur Leute in den Betrieben aufnehmen, die dieser Organisation angehören. Das wird alles sehr geschickt aufgetragen, so daß die Herren ihre Hände in Unschuld waschen und stets sagen können: „Wir wissen von nichts, wir sind unparteiisch.“ Man sagt, daß diese Herren bzw. ihre Hilfsmänner bei dem Kämpfer Puffschiff im Jahre 1923 indirekt beteiligt waren. Sie sollen damals einen ganzen Teil ihrer sogenannten Generaldirektion nach Kitzin abgezogen haben. Das preussische Ministerium des Innern dürfte darüber genauer Bescheid wissen.

Was machen nun diese Männer in der Sportschule in Mirow? Sportliche Erziehung ist gewiß gut, wird aber nur vorgezogen? Die Leute treiben morgens Leibesübungen, und am Tage werden Schießübungen ausgesetzt. Es wird Schießunterricht erteilt. Die meisten dieser Leute, die 14 Tage ausgebildet werden, sind von Lande. Von Sport ist natürlich gar keine Rede, sondern man braucht für einen unpolitischen und wirtschaftlichen Zweck gewisse „Mittel“. Das ist das große Geheimnis. Dafür lassen sich die „Leute“ die Sache etwas kosten.“

Etwas der Artikelschreiber. Die Herren Direktoren Gottstein und Adé-Pallemant werden sich ja zu diesen Anschuldigungen zu äußern haben; tun sie es nicht, dann lassen sie den Vorwurf, als Puffschiffen tätig zu sein, auf sich sitzen. Befürchten können wir, daß der gelbe pommerische Landarbeiterbund in Schölin stark protegert wird. Versuche anderer gelber Organisationen auf die übrigen Konzernbetriebe sind bisher nur an dem verhassten Widerstand der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter gemessen. Richtig ist ferner, daß die freie Gewerkschaftsbewegung beiden Herren ein Dorn im Auge ist, und weiterhin können wir nur beklagen, daß die abgeschlossenen Tarifverträge, besonders in den pommerischen Betrieben, nur sehr ungenügend eingehalten werden. Der Artikel sollte übrigens auch den in Frage kommenden Staatsbehörden Veranlassung geben, die im „Dortmunder Generalanzeiger“ aufgestellten Behauptungen einer Prüfung zu unterziehen.

G. Stähler.

**Abreibungen.**

Herr Max Sallmann, der Herausgeber und Redakteur der Fachzeitschrift „Die Tapete“, ist unter der Tapetenarbeiterchaft besonders dadurch rühmlich bekannt geworden, daß er in den letzten Jahren wiederholt seine Fachzeitschrift dem amerikanischen Tapetenarbeiter zur Verfügung stellte und diesem Truist auf dem Wege der Preisauschreibung den Schwager mit Tapetenmustern ermäßigter, unserer Auffassung nach sehr zum Nachteil der deutschen Tapetenindustrie und der darin beschäftigten Arbeitnehmer.

Durch dieses amerikanische „Geschäft“ scheint Herr Sallmann auch bei einem Teil der Tapetenfabrikanten nicht im besonders guten Ansehen zu stehen. Dafür ein Beispiel.

Der Stuttgarter Tapetenhändler Hubert Klein hat den Alleinverkauf der Kölner Tapetenfabrik vorm. Chrystian Joseph Klein übernommen. Er bezieht dabei in den Stuttgarter Tageszeitungen eine Reklame, die die Mißbilligung der organisierten Stuttgarter Tapetenhändler findet. Diese Tapetenhändler wandten sich nun an Herrn Sallmann mit dem Ersuchen, die Geschäftspraktiken ihres Kollegen Klein unter schärfste Kritik zu nehmen. Herr Sallmann, der sich sonst nach jeder Seite hin als organisationsherr hervorhebt, meint: „Das ist eine recht unangenehme Aufgabe.“ Und Herr Sallmann, dem die organisierten Stuttgarter Tapetenhändler ihr Vertrauen schenken, wollte „durch Korrespondenz jede Publikation vermeiden“. Er wandte sich deshalb schriftlich an den Bruder des Stuttgarter Tapetenhändlers, den Kölner Tapetenfabrikanten Klein. Herr Sallmann hat diesen, auf seinen Bruder in Stuttgart einzuwirken, damit „die kleinen Annoncen milder, weniger herausfordernd und kommerziell würdiger abgefaßt“ würden. Beträuf muß Herr Sallmann gestehen, „daß er sich in seinen Bemühungen geirrt“ hat; resigniert ruft er deshalb aus: „Und das geschieht uns recht.“ Da nun Selbstkenntnis der erste Schritt zur Besserung sein soll, könnte man annehmen, daß Herr Sallmann die organisierten Stuttgarter Tapetenhändler rückwärts zum Worte kommen ließ. Weit gefehlt. Statt dessen erklärte Herr Sallmann, beide Brüder zu Worte kommen zu lassen, „wobei sich jeder seinen Teil denken kann“; vorsichtshalber aber er: „Wir bleiben außer Stellungnahme.“

Dieser in der Angelegenheit von Herrn Sallmann bekundete Heidenmut dürfte auch dazu beigetragen haben, daß die Kölner Tapetenfabrik Herrn Sallmann eine bestimmt nicht mißverständliche Abfuhr erteilte. In dem Brief der Kölner Tapetenfabrik, den Herr Sallmann veröffentlicht, heißt es u. a.:

„Es ist durchaus richtig, daß wir noch nie irgendwelche Sympathie für Ihr Blatt empfunden haben und auch Ihr als loyal bezeichnetes Schreiben vom 9. 9. so werten, wie wir die ganze Haltung Ihres Blattes stets gewertet haben.“

Ob Sie jetzt mit etwas mehr oder weniger deutlichen Hinweisen in Ihrer Zeitung unser Unternehmen zu schädigen suchen oder nicht, sind wir gerade Ihnen gegenüber auf dem Standpunkt angekommen, der in gewissen Lagen des Lebens sich in kurzen und prägnanten Formen auszudrücken liebt.“

Die Fassung des letzten Satzes aus dem von uns zitierten Briefe der Kölner Tapetenfabrik hat furchtbar erinnert an den bekannten Spruch des Hühners von Verhörungen.

Auch sonst scheint die Geschäfts- und Redaktionsmethode des Herrn Sallmann nicht überall Anklang zu finden. Das „Magazin der Wirtschaft“ setzt sich in seiner Nr. 15 vom 11. April 1930 gleichfalls mit Herrn Sallmann auseinander. Es hatte sich sowohl gegen den Kineoleumtrast als auch über dessen Preissteigerungen kritisch ausgelassen. Diese Auslassungen erregten das Mißfallen des Herrn Sallmann. Daraufhin sah sich das „Magazin der Wirtschaft“ gezwungen, den Benennungswechsel des Herrn Sallmann in wirtschaftlichen Fragen etwas bloßzustellen. Es verweist darauf, daß Herr Sallmann über den Kineoleumtrast das Urteil fällt: „Es gebe Streiber, die sich als Alleinherrscher über ein Industriegebiet rücksichtslos durchzusetzen suchen, und leider zum Nachteil der Allgemeinheit nur allzuoft mit Erfolg.“

Herr Sallmann wandte sich also ursprünglich gegen die Gefahren, die in der Vertikalisierung der Kineoleumindustrie nicht nur für den Händler, sondern auch für den Verbraucher liegen. Aus diesem Grunde propagierte Herr Sallmann — nach dem „Magazin der Wirtschaft“ — zeitweise auch die Schaffung einer neuen Außenfabrik und wies nach, daß ein einfaches Werk ebenso gut und billig arbeiten könne und ebenso billig einkaufen könne wie der Trast, denn die Vorprodukte seien Weltmarktwaren.

Diese Abzergung scheint bei Herrn Sallmann nicht lange angehalten zu haben. Denn, so erklärt das „Magazin der Wirtschaft“, eines Tages verkündete er (Herr Sallmann) in dem ihm eigenen geschwollenen Stil: „Eine begründete Verteidigung der deutschen Kineoleumwerke, IG., mit dem Fachblatt „Die Tapete“, und daneben prangte das erste ganzseitige Inserat der Deutschen Kineoleumwerke.“

Das „Magazin der Wirtschaft“ glaubt darin auch den Grund zu finden, weshalb Herr Sallmann die neue Preissteigerung für Kineoleum, die am 1. Februar eintrat, mit keinem Sterbenswörtchen in seinem Fachblatt erwähnte.

Der Herr Sallmann gemachte Vorwurf ist sehr deutlich und gibt einen Fingerzeig dafür, wie in bestimmten Fachzeitschriften gewisse unliebsame Kritiken durch die Industriegewaltigen unterdrückt werden können.

Wir haben diesen Kennzeichnungen der geschäftlichen Tätigkeit des Herrn Sallmann nichts hinzuzufügen; etwas klarer ist es uns nur geworden, warum Herr Sallmann wiederholt seine Hand zur Ausfuhr deutscher Tapetenmuster statt zur Ausfuhr fertiger Tapeten geboten hat.

G. Stähler.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Lohn, Prämie oder Unternehmerwillkür in der Industrie?**

Nicht selten wird bei Lohnverhandlungen von den Arbeitgebern mit Nachdruck betont, daß der festgesetzte Stundenlohn ja nur auf dem Papier steht, und daß die Arbeiterschaft ja durch Akkordarbeit, Prämien usw., viel mehr verdiene. Es soll nicht bestritten werden, daß es in der Industrie auch Akkordarbeiten gibt, bei denen so leidlich verdient wird. Nicht so oft ist es vorgekommen, daß die Kollegen in den Betrieben durch Gewährung von Prämien zu einer immer größeren Leistung angezogen werden. Schließlich wird ein Satz festgesetzt, für den der Tariflohn gezahlt wird, und für Mehrleistungen werden Prämien gezahlt. Ist durch Prämienzahlung die Leistung stark in die Höhe getrieben, dann kommt es nicht selten vor, daß der Arbeitgeber sagt, die Prämie ist zu hoch, sie muß herabgesetzt werden, oder er sagt, die Prämie ist freiwillig, er sei nicht verpflichtet, sie zu zahlen. Die Arbeiterschaft aber hat beiseite, daß sie das hohe Quantum leisten kann, und die Leistung wird nunmehr verlangt.

Neben den Prämien für erhöhte Leistung gibt es auch Prämien für Qualitätsarbeit, also, für erhöhte Ausbeute an Öl und dgl. Ein typisches Beispiel, was derartige Prämien bedeuten, sei an folgendem Falle gezeigt. In einer Fabrik am Niederrhein wurde eines Tages folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Jedemzeit widerruflich hinsichtlich Dauer und Höhe wird von der Betriebsleitung für die Ausbeute an Leinöl eine Prämie für die im Leinölsaaten beschäftigten Akkordarbeiter monatlich gezahlt. Die Höhe der Prämie bei 100 Reichsmark für jedes über 32,5 Prozent erhaltene Prozent Öl 0,40 Reichsmark pro Tonne voranbehaltenes Saat. Die Abrechnung erfolgt am Ende eines jeden Monats. Maßgebend ist die von der Betriebsleitung errechnete Ausbeute. Gegen die errechnete und festgesetzte Prämie kann kein Widerspruch erhoben werden.

Bei der Verarbeitung anderer Leinölsaaten behält die Betriebsleitung sich die Festsetzung der Mindestausbeute vor. Voraussetzung für die Zahlung der Prämie ist, daß der Preßrückenschleiß die Ziffern der letzten Monate nicht übersteigt.

Es liegt also im Interesse eines jeden einzelnen, den Anordnungen der Betriebsleitung auf das genaueste zu folgen, damit eine gute Ausbeute erreicht wird, durch die jeder einzelne im Monat einen erheblichen finanziellen Vorteil haben kann. Wenn nur 1/2 Prozent Öl z. B. mehr gewonnen wird, so stellt sich bei 2000 Tonnen Verarbeitung die Prämienrechnung wie folgt:

2000 mal 0,5 mal 0,40 = 400 RM.  
bei 33 Akkordarbeitern entfällt also pro Mann 12,10 RM.  
Diese Prämienzahlung ist vollständig unabhängig von allen tariflichen Bindungen.

den 19. Mai 1930. Unterschrift der Firma.

Die Firma erklärt sich also bereit, eine Prämie für gute Ausbeute, für präzise und aufmerksame Arbeit zu zahlen. Die Errechnung der Prämie aber nimmt die Betriebsleitung allein vor. Einen Widerspruch gegen diese Rechnung gibt es nicht. Die Arbeiterschaft darf sich Mühe geben, möglichst viel Öl aus der Saat herauszuholen. Ein Kontrollrecht über ihre Arbeitsleistung aber steht ihr nicht zu. Willkürlich kann die Firma etwas errechnen. Die Arbeiterschaft hat sich mit dieser Rechnung abzufinden. Zum Schluß wird dann eine Rechnung aufgemacht, was die Arbeiter pro Monat bekommen können. Ob sie es auch erhalten, dafür liefert der nachstehende Brief ein Beispiel.

Herrn . . . . . den 15. August 1930.

„Unbei empfangen Sie die Ihnen seitherzeit abgezogenen 2,80 Mark. Die Betriebsleitung ist nach wie vor der Ansicht, daß Sie besonders in Ihrer Eigenschaft als Betriebsratsmitglied dazu verpflichtet waren, am fraglichen Tage die Pressenbatterie Nr. 1 mit zu beaufsichtigen und Sie insulgedessen an dem unglaublich schlechten Arbeiten mit Schuld tragen. Ihrem Wunsche entsprechend und um eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden, haben wir Ihnen den gekürzten Betrag hiermit wieder zugestellt, werden Ihnen aber die seitens der Betriebsleitung für den Monat Juli freiwillig auszahlende Prämie von circa 12 Mark nicht zahlen. Wenn wir Ihnen jetzt diese Mitteilung machen müssen, so beruht das lediglich darauf, daß Sie Ihr Unrecht nicht einsehen wollen und auf Auszahlung der Ihnen nach dem Buchstaben des Gesetzes zustehenden 2,80 Mark bestanden. Die von uns zu zahlende freiwillige Prämie stellt eine Belohnung für erstklassige Arbeit dar und kann Ihnen, da Sie auf die 2,80 Mark nicht verzichten wollen, nicht ausbezahlt werden.“

Unterschrift der Firma.

Einem Arbeiter werden von seinem ihm gesetzlich zustehenden Verdienst 2,80 Mark als Strafe dafür abgezogen, weil er nach Ansicht der Firma eine Pressenbatterie nicht mit beaufsichtigt hat. Ob er dazu in der Lage war oder nicht, das bestimmt die Firma allein. Der Arbeiter selbst hat darüber nichts zu sagen. Daß die Firma sich hierbei im Unrecht fühlt, gibt sie selbst zu, indem sie sagt, sie will einer gerichtlichen Auseinandersetzung aus dem Wege gehen. Ferner spricht sie davon, daß dem Arbeiter 2,80 Mark nach dem „Buchstaben des Gesetzes“ zustehen. Man bestreitet also gar nicht, daß man dem Arbeiter etwas vorenthalten will, was ihm gesetzlich zusteht. Weil er aber nun auf das ihm zustehende gesetzliche Recht nicht verzichtet, deshalb macht die Firma davon Gebrauch, ihm die Prämie zu entziehen. Also, es ist durch eine Gesamtleistung die Prämie, die die Firma in ihrer ersten Bekanntmachung mit 12,10 Mark pro Monat und Mann berechnete, annähernd erreicht. Weil aber an einem Tage die Pressenbatterie Nr. 1 nach Ansicht der Firma „unglaublich schlecht“ gearbeitet hat und weil ein Betriebsratsmitglied es angeblich an der nötigen Beaufsichtigung hat fehlen lassen, deshalb soll er mit 2,80 Mark bestraft werden. Da er aber obendrein die Ungehörigkeit begeht und nach Ansicht der Firma sein „Unrecht“ nicht einzieht, also auf ein ihm zustehendes Recht nicht verzichten will, erhält er die Prämie nicht. Er wird also nicht in erster Linie durch den Entzug der Prämie dafür bestraft, daß die monatliche Leistung eine niedrige war, tatsächlich war sie es nicht, die Strafe trifft ihn in erster Linie deshalb, weil er auf ein gesetzliches Recht, was ihm zustand, nicht verzichten will. Scheinbar ist das Recht des Arbeiters, auf dem er bestehen kann, eine Sache, aus der die Firma in raffinierter Weise Kapital schlägt, wenn der Arbeiter sich vor der Unternehmerwillkür nicht duckt. Gibt es für diese Handlungsweise einen parlamentarisch zulässigen Ausdruck? Und nun noch eine dritte Bekanntmachung.

Für den Monat Juli gelangen für die an der Prämie beteiligten Arbeiter des Leinölsaaten insgesamt 593,35 Mark zur Auszahlung, das bedeutet pro Preßfunde 0,09 Mark. Da es sich um einen freiwilligen Prämienfonds handelt, behält die Betriebsleitung sich vor, in jedem Falle diesen Betrag ganz, teilweise oder gar nicht zur Auszahlung zu bringen, falls die Betriebsleistung feststellen muß, daß in irgendeiner Sache nicht nach ihren Angaben gearbeitet wird.

den 21. August 1930. Unterschrift der Firma.

Auch hier wird wiederum ausdrücklich betont, daß die Prämie freiwillig ist, und daß die Firma sich in jedem Falle vorbehält, sie ganz, teilweise oder gar nicht zu zahlen, wenn „in irgendeiner Sache“ nicht nach ihren Angaben gearbeitet wird. Die Arbeiterschaft darf sich abmühen, so gut sie kann, ihr Bestes zu leisten. Die Firma braucht nur zu behaupten, an irgendeiner Stelle ist nicht nach ihren Angaben gearbeitet. Selbst wenn die Leistung dadurch nicht beeinträchtigt ist, dann braucht sie die Prämie nicht zu zahlen. Was im übrigen der Begriff „irgendeine Sache“ bedeutet, zeigte uns ja der vorstehende Brief. Brief und Bekanntmachungen machen einen weiteren Kommentar überflüssig. Sie zeigen, was „freiwillige“ Prämien sind. Mit den „erhöhten Verdiensten“ dieser Art wird aber bei Lohnverhandlungen sehr häufig operiert und sie werden als normal hingestellt, obwohl ein rechtlicher Anspruch auf sie nicht besteht. Die Arbeiterschaft steht einem derartigen System mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Sie verlangt mit Recht einen anständlichen Lohn, auf den sie ein Anrecht hat, und keine „freiwillig“ gezahlte Prämien, mit denen sie, wie im vorliegenden Falle, obendrein noch um ihr gesetzliches Recht gebracht werden soll. (Das ist ja die reinste Pezerei. Die Red.)

G. Senkheil.

**Verschiedene Industrien**

**Nürnberg's Spielwaren.**

Wird von Nürnberg's Spielzeug gesprochen, so werden die Sinne unwillkürlich auf Spielsachen aus Metall gelenkt; denn Nürnberg beherbergt vorwiegend die Produktionsstätten

für Metallspielwaren im Deutschen Reich. Neben Metallspielzeug wird in Nürnberg und im übrigen mittelfränkischen Produktionsgebiet aber auch eine Reihe Spielzeug anderer Art hergestellt, wie auch Metallspielwaren in den übrigen Spielwarenproduktionsgebieten im Deutschen Reich hergestellt werden. Nürnberg kann deshalb nicht mehr als ausgesprochene Metallspielwarenproduktionsstätte angesprochen werden.

Das Betriebszählungsergebnis vom 18. Juni 1925 sagt über die Art der Spielwarenherstellung und über die Betriebs- und Beschäftigungszahlen in Nürnberg, daß von 477 Betrieben für die Metallspielwarenindustrie 253 Betriebe mit 5223 beschäftigten Personen in Frage kommen. Die Papierwarenherstellung beschäftigt in 13 Betrieben 864, die Stoffspielwarenherstellung in 103 Betrieben 682 Personen. Puppen werden in 26 Betrieben mit 264 Personen hergestellt. In der Holzspielwarenindustrie wurden 28 Betriebe mit 238 Personen gezählt. Bei der Herstellung von Glaspielwaren und Christbaumschmuck werden in 31 Betrieben 104 Personen und in den sonstigen Spielwarenproduktionsstätten ebenfalls 104 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. In den Produktionsstätten im mittelfränkischen Gebiet, das zu Nürnberg zu rechnen ist, sind außerdem rund 3000 Personen gezählt, die in Spielwarenbetrieben beschäftigt sind. Damit kann angenommen werden, daß in der Nürnberger Spielwarenindustrie über 10 000 Personen in Nürnberg und Mittelfranken tätig sind.

Verhältnismäßig hoch ist in der Nürnberger Spielwarenindustrie der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte. Nach der Statistik des Reiches sind im ganzen Reich unter den 58 251 Beschäftigten der Spielwarenindustrie 31 499 = 54 Prozent weiblichen Geschlechts. In Nürnberg dagegen sind 68,2 Prozent weibliche Beschäftigte im Durchschnitt festgestellt. In der Metallspielwarenindustrie ist der Prozentsatz der weiblichen Beschäftigten mit 66, in der Stoffspielwarenindustrie mit 84,1 und in der Holzspielwarenindustrie mit 46,2 festgestellt.

In Zeitungsartikeln, Broschüren und dergleichen ist sehr oft zu lesen, daß Nürnberg die ausgesprochene Spielwarenstadt sei. Das ist falsch! Dieser Auffassung tritt auch die stadtamtliche Berufs- und Betriebsstatistik Nürnbergs berichtigend entgegen. Sie stellt fest, daß von 1000 erwerbstätigen Nürnbergern lediglich 30 in den Betrieben der Spielzeugindustrie Beschäftigung finden. Nürnberg kennt eine ganze Reihe von Industrien, in denen der Lebensfaktor der Beschäftigten weit höher ist als in der Spielwarenindustrie. So sind von 1000 Nürnbergern mit der Herstellung von einzelnen Metallwaren 92,5, im Maschinenbau 66,8, in der elektrotechnischen Industrie 61,8 Personen beschäftigt. Ein verhältnismäßig größeres Feld der Beschäftigung bietet die Spielwarenindustrie allerdings der weiblichen Bevölkerung der Stadt. Von 1000 Nürnberger Arbeiterinnen sind 56,1 in der Spielwarenindustrie beschäftigt. Übertroffen wird diese Zahl nur noch in der Eisen- und Metallwarenindustrie, in der 119 von 1000 Nürnbergerinnen industriell beschäftigt werden.

Die oben angeführten Zahlen zeigen, daß Nürnberg trotz seiner führenden Stellung im Handel mit Spielwaren nicht führend in der Produktion ist. Von den 58 251 Beschäftigten in der Spielwarenindustrie Deutschlands beschäftigten Nürnberg und Mittelfranken nur ein Sechstel der notwendigen Spielwarenarbeiter. Die übrigen fünf Sechstel werden in der Hauptsache von der Spielwarenindustrie in Thüringen beschäftigt, außerdem im Erzgebirge, in Württemberg und einer Reihe kleinerer Spielwarengelände in Deutschland. Über eins hat Nürnberg den anderen Spielwarenproduktionsstätten voraus: es bringt in der Hauptsache, von einigen Ausnahmen abgesehen, gute Qualitätsprodukte heraus. Das findet seine Begründung in der führenden Stellung des Spielwarenhandels. Er bezieht die notwendigen Massenartikel aus Spielwarenproduktionsstätten, die außerhalb des Nürnberger Spielwarengeländes liegen.

Aber die Entwicklung der Nürnberger Spielwarenindustrie ist zu sagen, daß diese aus dem Handwerk emporkommen ist. Die Nürnberger Spielzeughandwerker behielten ihre Selbstständigkeit zwar lange, indem sie ihre Erzeugnisse zum Teil direkt absetzten. Doch schon im 15. Jahrhundert waren sie in völliger Abhängigkeit von den Verlegern. Die Nürnberger Verleger machten sich außerdem die Spielwarenhersstellung des Meininger Oberlandes und die der Gegend von Bayreuth abhängig. Aus dem selbstständigen Handwerk in der Spielwarenindustrie ist abhängige Heimarbeit geworden. In diese Heimarbeit wurden auch die Salzburger Emigranten hinein verpflanzt. 1732 ihres lutherischen Glaubens wegen vertrieben, kamen sie nach mancherlei Irrfahrten 1735 in die Nürnberger Gegend. Sie ließen sich besonders in Alldorf nieder. Die Salzburger Emigranten waren Holzschnitzer aus der Berchtesgadener Gegend. Die Zuwanderung nach Nürnberg wurde von den Nürnberger Kaufleuten gefördert und betrieben. Als Gegenleistung mußten sich die Emigranten in die völlige Abhängigkeit der Verleger begeben, indem sie mit ihnen langfristige Kontrakte eingingen, welche die klaglichsten Lieferpreise vorsahen und eine sehr niedrige Lebensweise bedingten.

Heute ist in der Spielwarenindustrie Nürnbergs und Mittelfrankens die Heimindustrie fast verbannt. Was in den übrigen Spielwarengeländen Deutschlands, wie in Thüringen und im Erzgebirge, nicht möglich war, an Stelle der Heimindustrie die Betriebsindustrie zu setzen, ist im Nürnberger Bezirk gelungen. Der Nürnberger Bezirk beschäftigt in der Regel keine Spielwarenarbeiter in Betrieben. Der Ausbeutung in der Heimindustrie sind damit Schranken gesetzt.

**Rundschau.**

**Gegen die „Bonzen“.**

Unter diesem neuen Feldgeschrei zieht die Sammellei der bürgerlichen Parteien, die Nationalsozialistische Partei, gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Es ist dies der Kampf gegen den Marxismus mit anderer Devise. Daß hierbei die KPD nicht fehlen darf, ist selbst-

verständlich. In den Betrieben und besonders bei den Arbeitsnachweiser wird eine wüste Propaganda gegen die Funktionäre der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei getrieben. Der Kampf gilt also dem gefährlichsten Gegner der kapitalistischen Wirtschaft; er gilt der einzigen wirklichen Arbeiterbewegung. Es gilt, die geistig, gewerkschaftlich und politisch indifferenten Arbeitnehmer der wirklichen Arbeiterbewegung fernzuhalten, die Mitgliedschaft zu verwirren, sie in das eigene Lager oder doch zu den Indifferenten abzutreiben. Unsere Mitglieder dürfen nicht mäßig bleiben. Sie müssen dieser Haß- und Lügenpropaganda entgegenreten.

Den Aufwand, den die nationalsozialistischen Bonzen treiben können, kann eine andere Bewegung überhaupt nicht nachmachen. Woher sie das Geld nehmen, kann man vermuten. Die Auslandsgelder sind vermutlich aus deutschen besitzenden Kreisen. Und die kommunistischen Führer? Deren Taschen sind bodenlos. Die aus Rußland geschickten und in Deutschland aufgebrauchten Summen verschwinden wie ein Tropfen Wasser in der endlosen Wüste. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß sich all dieser mehr als zweifelhaften Verleumdungen erwehren können. Man frage sie, wer sie geschickt hat und wem ihre Heße zustatten kommt. Nutznießer der ganzen Heßkampagne sind die bürgerlichen Parteien. Sie wollen die Arbeiterbewegung verwirren, um ungehindert ihre Geschäfte machen zu können.

Kampf dem Marxismus oder Kampf den Bonzen heißt nichts anderes als Kampf den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Unsere Mitglieder wissen also, wie sie sich einzustellen haben.

**Also ist gewerkschaftlicher Zusammenschluß notwendig.**

Aber dort, wo ein Mann täglich durch einen anderen Mann ersetzt werden kann, dort, wo ständig eine große Zahl Arbeitssuchender nur eingefordert zu werden braucht, um denselben Platz mit derselben Arbeit morgen zu besetzen, wie er gestern besetzt gewesen ist, dort wird der einzelne, soviel Seele er haben mag, zu einem Stück Stein in dem Gesamtorganismus, zu einem Stück Nummer in dem Gesamtmechanismus. Und diese einzelnen sind es, die nun, zur Organisation zusammengedrängt, sagen: Wir als einzelne sind zu schwach, wir können uns das Lebensschicksal nicht mehr selbst machen. Wie alte Parole, daß jeder einzelne seines Glückes Schmied ist, sie versagt uns in dem Massenzeitalter der allgemeinen Abhängigkeit.

Raumann.

**Hitler, der Köpferoller.**

Der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler wurde am 25. September 1930 vor dem Reichsgericht in Leipzig in dem von der Reichswehr angestregten Prozeß gegen drei Leutnants wegen Verletzung der Reichswehr durch die Nationalsozialisten vernommen.

Vorsitzender Reichsgerichtsrat Baumgarten zu Hitler: „Sie haben selbst mal in einem Ihrer Bücher den Satz geprägt, daß bei Übernahme der Macht durch Ihre Partei auch Köpfe in den Sand rollen werden.“

Hitler: „Wenn unsere Bewegung siegt, so wird sie einen Staatsgerichtshof errichten, und vor diesem werden sich die Novemberverbrecher des Jahres 1918 zu verantworten haben, und dieses Verbrechen wird seine Sühne finden. Ich gestehe offen, daß dann Köpfe rollen werden.“

Hitler hat anscheinend viele Schundromane gelesen, weil er so blufige Witze machen kann.

**Für die Fastnacht.**

Die Väterredner zur Faschingszeit des Jahres 1931 erhalten Stoff. Die „Deutsche Werksgemeinschaft“, Nr. 40, vom 3. Oktober 1930, stellt Forderungen. Sie verlangt unter anderem:

„Abbau des aus machtpolitischen Gründen ausgebildeten sozialistisch-gewerkschaftlichen Verwaltungsapparates.“

Rückgabe aller ungeeigneten Funktionäre der Sozialversicherung und der öffentlichen Verwaltung an die Sozialdemokratie und die marxistischen Gewerkschaften.

Schleunige Aufhebung aller gewerkschaftlich-monopolistischen Einrichtungen in Staat und Wirtschaft, Freiheit für ehrliche Arbeit.“

Wir wollen durch keine Bemerkung den Humor dieser Forderungen abschwächen.

**Ausgabe von Befreiungs-Goldstücken.**

Anlässlich der erfolgten Räumung der Rheinlande werden durch die Preussische Staatsmünze Berlin eine Anzahl Befreiungs-Goldstücke in Größe der früheren Zehn- und Zwanzigmarsstücke geprägt und herausgegeben.

Diese erstklassigen, hochglanzpolierten Gedenkmünzen können zum Preise von 15 bzw. 25 Mk. ausschließlich Porto bei der Verkaufsstelle der Befreiungs-Goldstücke, Berlin, Paulsbörner Straße 93 (Postfach: Berlin 1304 43), bestellt werden und gelangen nach Voreinsendung des Betrages bzw. gegen Nachnahme zum Versand.

**Die entwicklungsgeschichtlichen Analphabeten gegen den Marxismus.**

Der Wahlkampf zu den deutschen Reichstagswahlen ist von den Gegnern der Arbeiterschaft geführt worden unter dem Motto: Gegen den Marxismus. Es war beabsichtigt, es mit anhören oder lesen zu müssen, wie sich Leute mit einem System auseinanderzusetzen versuchten, das die bedeutendste Wissenschaft des letzten Jahrhunderts darstellt, und von dem diese von Nichthofes soviel Ahnung haben wie der Esel vom Lautenschlagen. Man glaubte dadurch seine eigenen Fehler zu verdecken. Man versuchte das Bürgertum gegen den Marxismus aufzurufen, indem man ihm suggerierte, daß der Staat und das öffentliche Leben Deutschlands überhaupt von marxistischem Geiste erfüllt seien. Dabei sind die Regie-

rungen in dem Nachkriegsdeutschland in der Mehrzahl der Jahre rein bürgerlich gewesen, und in den Zeiten, wo die Sozialdemokratische Partei mitregierte, handelte es sich um Koalitionsregierungen. Derweilen geht die Wirtschaft in fast allen Ländern ihren Gang, der durchaus in der Richtung der marxistischen Theorie liegt. Leute von Rang und Ruf, wie der englische Nationalökonom Keynes, die Professoren Sombart, Schmalenbach und Bonn, haben längst auseinander-gesetzt, daß der Marxismus durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung durchaus gerechtfertigt ist. In seiner berühmten Wiener Rede hat Schmalenbach dies vor einigen Jahren mit folgenden Worten festgesetzt: „Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraus-sagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt sozu-sagen Vollstrecker des marxistischen Testaments seien, so würden sie mit Nachdruck dagegen protestieren. Trotzdem sind sie nur Werkzeuge, nichts als Werkzeuge.“ Diesen Worten etwas hinzuzufügen, dürfte sich erübrigen. Es ist ein den heutigen Wirtschaftsführern nahestehender Mann, der dies feststellt, und andere nicht minder Befähigte haben dies vor und nach ihm getan. In Nr. 421 des „Berliner Tage-blatts“ schreibt der bekannte Handelsredakteur Dr. Felix Pinner ebenfalls über das Problem „Marxismus und Sozialismus. Er stellt u. a. fest: „Betrachtet man den organisierten und sich immer stärker organisierenden Hochkapitalismus der Monopole, Kartelle, Truste und Konzerne, der heute und nicht erst seit heute die moderne Großwirtschaft beherrscht, auf seine wirtschaftlichen Kerntendenzen hin, sucht man Sinn und Ziel, Form und Gesetz seiner Wirtschaftsführung zu er-fassen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß sich dieser organisierte Kapitalismus nicht viel weniger dem Marxismus genähert hat, als der reformerische Sozialismus sich von ihm entfernt. . . . Der großwirtschaftliche Kapitalismus ist dabei, sein Konzentrationsystem immer weiter und immer tiefer in die Privatwirtschaft hineinzuorganisieren, und er merkt gar nicht oder sträubt sich mit verräterischer Festigkeit gegen die Erkenntnis, daß eine so umfassend und tiefgehend organisierte Privatwirtschaft auf die Dauer gar nicht rein privat bleiben, sich der öffentlichen Kontrolle und der gemeinwirtschaftlichen Blickrichtung auf die Dauer gar nicht entziehen kann.“

Demgegenüber vergleiche man das bide Gewäch, welches man auf Gassen und Märkten über den Marxismus zu hören bekommt. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, von dem einmal eingeschlagenen Wege in der Vertiefung konsequenter Interessen der arbeitenden Schichten abzugehen. Und wenn sie sich dabei in Übereinstimmung mit dem Marxismus be-findet, so ist das desto besser.

**Literarisches.**

Im Land der Königsobra und des Gespenstertiers. Wer einmal den Janber einer Tropennacht empfunden und sich dem unerhörten Urmalch mit seinem himms- äppig wuchernden Leben und seinem unerfindlichen Kampf aller gegen alle be- gegeben hat, ist diesem unheimlichen Reiz für immer verfallen. Über acht Jahre hat die tropische Wildnis den schwedischen Zoologen Eric Moberg festgehalten. Es galt, die fast noch unbekannte Welt des Innern von Borneo, das westlich- größer ist als Deutschland, zu erkunden. Auf welche bedeutungsvolle Weise der Forscher sein Ziel erreicht hat, erzählt er anschaulich in seinem Buch „E. Moberg, Leipzig, erschienenen Buch „In der Wildnis des tropischen Urwaldes. Abenteuer und Schilderungen aus Niederländisch-Borneo“. Mit 67 Abbildungen und einer Karte. Gebestet 6,50 Mk., Leinen 8 Mk. — Ob Nürnberg von indischen Koshorn, von zierlichen Affen berichtet oder von dem Gespenstertier, ob er zupfeilt, wie die fliegende Schlang den fliegenden Fisch verfolgt, ob er dem Fisch nachstellt, der mit dem Schwanz atmet und auf Säulen klettert, ob er aus dem gefährlichsten Tier der Erde, der bis zu vier Meter langen, giftigen und angriffsunfähigen Königskobra, gegenübertritt, oder ob er die Geschichte erzählt von dem Potkon, der sich zu Tode frägt — stets sind seine Schilderungen so auf- spränglich frisch und Wirklichkeitsnahe und von verheerender Heiterkeit, so daß man auch die heimtückischen und gefährlichen Bewohner des Urwaldes fast lieb- geminnt. In den letzten Abschnitten erzählt er vom Menschen; von dem braunen Eingeborenen, der die Seele der Palme durch ein Opfer opflicht, ehe er sie füllt, um aus ihrem Mark den nachstehenden Saft zu bereiten. Dr. St.

Der Mann am Faden. Fadenreiter-Verlag, Hamburg. Gebestet 3,50 Mk. Im wesentlichen schildert der Verfasser in seinem Bogen-Roman die getriebene Abhängigkeit eines Bogen- vom Impresario. Der Bogen kann sich nur bewegen, wenn und wie der Manager am Faden zieht. Der Schluß, das Gehen, die Genüsse, ja selbst die Liebe läßt der Manager durch einen „Leibbührer“ überwachen und kontrollieren. Keinen Schritt kann das Verdienstobjekt des Managers ohne Überwachung tun. Ein Sündenleben ohne Freiheit. Einmal rebelliert der harenische Sklave, dann wird er durch ein Bündel Banknoten oder durch Drohung mit dem Nichts zur Reue gezwungen. Ist der Reue angepumpt, kann er nicht mehr als Kapitalquelle dienen, hat der Impresario eine bessere Kraft gefunden, oder sich heranzüchten lassen, dann ist der seitherige Sklave auf der Straße. Glück der Bogen, wenn er zeitig an diese Zukunft gedacht und einen Teil seines Anteils von seiner gemäßigten Kraft beiseite gelegt hat, um nimmer ein feines häßliches Leben zu beginnen als Zigarrenhändler, Gastwirt oder dergleichen. Der Roman zeigt die Schattenseiten des gezeierten und teilselbsten, aber auch gequälten Berufsgebers.

Naturfreunde-Kalender 1931. In der langen Reihe der alljährlich er- scheinenden Breitskalender hat sich das von Touristenverein „Die Naturfreunde“, Reichsgruppe Deutschland, herausgegebene Kalenderwerk immer mehr Freunde erwerben können. Über 60 prächtige Naturaufnahmen und eine Reihe von Bildern zeigen die hervorragenden Leistungen der Naturfreunde auf dem Gebiete der Schaffung von Ferien- und Wanderebenen für das gesamte werktätige Volk. Da der Preis von 1,50 Mk. wohl für jeden erschwinglich ist, können wir den Naturfreunde-Kalender aufs beste empfehlen. — Zum letzten Male geben die Naturfreunde ein Taschenbuch für Arbeiter- Wanderer heraus. Neben einem umfangreichen, auch für Notizen berechneten Kalenderinhalt enthält das gebrauchlich ausgestattete, in keinen gebundene Buchlein auf 126 Seiten Fahrpläne der Reichsbahn, Passbuchstempel und Einreise- bestimmungen, Bestimmungen über ermäßigte Touristenkarten auf den Eisen- bahnen, Anweisungen für erste Hilfe bei Unfällen auf Eisen- bahnen und Bergfahrten, Tabelle der Postgebühren, die wichtigsten Adressen der Arbeiter-Sport- und Kulturverbände bei dem niedrigen Preis von 1,20 Mk. Weg und beider Kalender durch die deutsche Reichsbahn und gegen Vor- einzahlung des Betrages vom Naturfreunde-Verlag, Rärenberg, Weberstraße 1.

Im Septemberheft der „Sozialistische Bildung“ rückt Anna Elewien in einem Artikel „Religion, Partei und sozialistische Bildungsarbeit“ die grund- sätzliche Frage auf, welche Lektüre die Partei in ihrer Bildungsarbeit zu verlegen habe. Es ist notwendig, neben den praktischen Fragen der Tagespolitik die grundsätzliche Aufgabe zu stellen, die den Vorbergründung zu stellen. E. Elewien behandelt in seinem Aufsatz „Kommunistische Weltanschauung in Deutsch- land“, der viele interessante Einzelheiten über die kommunistische Weltanschauung enthält. E. Marquardt schreibt über „Karte für Volkshilfen“. E. J. o. b. a. n. e. s. s. i. o. n. über unsere Aufgaben im Nachkrieg. Die „Sozialistische Bildung“ ist mit ihren Beiträgen „Wachstums“ und „Sozialistische Erziehung“ zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, stellt Probennummern gern zur Verfügung.

20 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiter- und Bauernbewegung. Von Felix Reichler. Herausgegeben vom Verband der Fabrikarbeiter und Preis 3,50 Mk. Hamburg: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Oetzel & Co., Hamburg 23. Bei dem Zusammenschluß der Fabrikarbeiterverbände zu einer Einheits- organisation wurde beschlossen, den Genossen Felix Reichler mit der Aufzeichnung der Verbandsgeschichte zu beauftragen. Diese Arbeit liegt unterm in 2 Bänden vor. Aber die Geschichte der Arbeiter- und Bauernbewegung wurde erstmals vom früheren Verbandsvorsitzenden Dr. Oetzel ein zweibändiges Werk herausgegeben. Die heutige Arbeit ist somit als Fortsetzung zu betrachten und beschäftigt sich in der Hauptsache mit den Vorgängen an dem Gebiete der Arbeiterorganisation während und in der Nachkriegszeit, mit dem großen Kampfe um die Befreiung der Arbeit- und Gewerkschaften und den später folgenden Bestrebungen in Unternehmungen. Die widerrechtliche Arbeitsweise wieder einzuführen. Dadurch gewinnt das Geschicht- werk auch für die der Gewerkschaft fernstehenden Kreise größere Bedeutung, für den Geschichtsforscher selbst und besonders für alle jene, die sich über die Reizungs- mittelverteilung während der Kriegsjahre und in der ersten Nachkriegszeit infor- mieren wollen. Der Verfasser trug in fleißiger Arbeit sehr wertvolle Material zu- sammen. Das auch dachtechnisch ganz vorzüglich ausgestattete Werk (Broschur, Hamburg) sollte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. Denn hier wird nicht nur der wirtschaftliche Aufstieg einer unter den trauerigen Wäldern dahingewanderten Arbeitergruppe dargestellt, sondern auch gelehrt, wie denn auch in jedem Ringen der Weg zu lohnigeren Höhen beschritten werden konnte.

## Der Idealist.

Von A. Schup.

Man redet heute viel vom Geburtenrückgang und dessen Folgen. Pessimisten sehen darin sogar das Aussterben deutschen Blutes.

Professoren und andere gebildete Herren reisen durch Deutschland, halten Vorträge darüber. Schreiben dickbändige Bücher. Vereine werden gegründet, deren Aufgabe und Ziel ist, dahin zu wirken, daß dem deutschen Volke ein gesunder und reicher Nachwuchs erhalten bleibt.

Man will also dem Abel mit allen Schikanen begegnen. Beschneidet es. Stugt es zurecht. Nur die Wurzel läßt man unberührt. Wo aber sitzt die Wurzel?

Folgende Geschichte, die ich bei dem Besuch einer Versammlung miterlebte, deutet vielleicht darauf hin.  
Alfons Müller war Rentier. Er war aber auch Haus- und Grundbesitzer. Ehrenamtlich noch zweiter Vorsitzender des Bundes der Kinderreichen, denn Müller hatte fünf heiratsfähige Töchter. Eines Tages nun traten die übrigen Vorstandsmitglieder des Bundes der Kinderreichen mit dem Verlangen an ihn heran, er möchte einen öffentlichen Vortrag halten über den Geburtenrückgang und seine Folgen.

„Es ist zur Werbung neuer Mitglieder“, betonten sie am Ende ihrer Ausführungen.

Alfons Müller sagte nicht nur freudig zu, sondern war auch stolz darauf, daß man gerade zu ihm kam mit dem ehrenvollen Auftrag.

Wohlgeladener, an einem Donnerstagabend, stand dann Alfons Müller hinter seinem Rednerpult vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft. Auf dem Pult lag die niedergeschriebene und wohlüberdachte Rede. Daneben stand ein Glas Wasser.

„Verehrte Damen und Herren!“ begann Müller mit feiner Rede. „Bevor ich mit dem eigentlichen Thema beginne, möchte ich vorausschicken, daß ich nicht aus persönlichem Ehrgeiz vor Ihnen stehe. Ich rede zu Ihnen im Auftrag des Bundes der Kinderreichen. Ich selbst bin ja auch Vater von fünf Kindern. Ich rede also aus Idealismus und innerer Überzeugung zu Ihnen.“

Damit ging er zum eigentlichen Thema über. Er setzte den Zuhörern an Hand statistischer Beweise den Geburtenrückgang auseinander. Er philosphierte über die unheilbaren Folgen. Wollte gerade einige Möglichkeiten zur Bekämpfung des Übels aufzählen, als in den hinteren Reihen des Saales ein Pfeifen und Johlen laut wurde. Wie auf Verabredung. So war es auch.

In der hintersten Reihe saß der Arbeiter Hans Fink mit einigen Kollegen. Warum, werden folgende Zeilen erklären:  
Mit ein paar Sähen stand Hans Fink neben dem Rednerpult. Er warf einen schätzigen, aber von Haß erfüllten Blick auf den Redner, worauf er in den Saal hineinbrüllte:

„Verehrte Damen und Herren! Entschuldigen Sie meine unliebliche Störung. Ich muß aber zu den Ausführungen des Redners einige Randbemerkungen machen, ehe ich ihn weiterreden lasse. Ich werde Ihnen jetzt einen Beweis bringen, daß der Redner nicht aus Idealismus und innerer Überzeugung zu Ihnen spricht, sondern nur aus Phrasen. Ein heuchlerisches Gebilde ist sein Idealismus.“

Ein Gemurmel wurde gegen Hans Fink laut. Seine Kollegen brüllten darauf ein donnerndes „Ruhe!“ in den Saal. Mühsam still blieb es darauf. Hans Fink redete weiter:

„Ich selbst bin auch Vater von sechs unmündigen Kindern. Mit meiner achtköpfigen Familie muß ich aber in zwei Zimmern hausen. Vergebens war bis jetzt meine Mühe, eine größere Wohnung zu bekommen. Vor Wochen erst wurde ich wieder einmal vom Wohnungsamt wegen einer Wohnung zu einem Hausbesitzer verwiesen. Herr Alfons Müller hieß der besitzende Herr. Er steht momentan neben mir. Der Herr öffnete mir persönlich. Auf Begehrt frag ich dann meinen Schmerz vor. Nebenbei sei bemerkt, daß man mich, vielleicht aus Freundlichkeit, vor der Tür abfertigte.“

Haben Sie Kinder? war Herrn Müllers erste Frage.

Ich bejahte und sagte: sechs.

Ant mir leid, erwiderte Herr Müller barsch. Ich will in meinem Hause Ruhe haben.

Sprach und schlug mir die Tür vor der Nase zu.

So, meine Damen und Herren, sieht der idealistische Redner Alfons Müller in Wirklichkeit aus.“

Unter den Zuhörern wurde jetzt ein Gemurmel gegen Alfons Müller laut. Einige riefen sogar: „Hinans mit ihm!“

Kalt lief es Müller den Rücken hinunter. Angst zitterte durch seinen Körper. Er hatte keinen Mut, sich zu verteidigen, obwohl er von dem Vorsitzenden des Bundes der Kinderreichen angefordert wurde. Dafür ergriß er wie ein Feigling die Flucht und gab Hof und Mangel preis. Verfolgt von den Pfeifen einer empörten Menge.

Am anderen Morgen brachte ihm der erste Vorsitzende des Bundes der Kinderreichen unter lebhaftem Bedauern seinen Ausschluss.

„Es ist um unserer Sache willen“, flüsterte er zu Alfons Müller beim Weggehen.

## Eine geniale Idee.

Von Ernst Hallenstein.

Es ist doch etwas Eigenes an so einem Silvesterabend. Trotz dem der Mensch sich sagen muß, daß am 1. Januar die Welt genau so aussehen wird wie am Tage vorher, so hat er nun einmal das unbehagliche Bedürfnis, das verfliegene Jahr mit einem Glase Punsch oder dergleichen zu verabschieden und mit dem zweiten Glase dem neuen Jahre die Wünsche und Hoffnungen seines Ichs aufzubringen.

Auch wir Mitglieder eines ganz kleinen Stadt-Theaters, die im Laufe des verfliegene Kontraktjahres nur so in klügeligen, Fäusten und Greifen planlos, auch wir wollten gern am Silvesterabend gewöhnliche Menschen sein. Wir wollten. Aber wie so oft das Können hinter dem Wollen zurückbleibt, so war es auch da.

Von jeher war es im Leben häufig eingetretet, daß der letzte Tag jeden Monats vor dem ersten Tag des nächsten, vor dem Gage-tag, tangiert war. Wie empfanden wir diese mangelhafte Einrichtung so sehr, sich wie gerade an dem Tage. Der Bürgermeister hatte uns sonderbarer Weise nicht eingeladen, Hof gab es keinen in dem Rest, Adel ebensovienig, so waren wir denn auf uns selbst angewiesen.

Eine während der Probe gegenseitig angelegte Geldanleihe wirkte bei der allgemeinen Flut von Erde in unseren Gehörten wohlthätig.

Abgestimmt gingen wir auseinander, und war hier und da hätte man ein trübendes „Prost Neujahr!“

Um so mehr zeigte es unsere gerade an dem Tage so empfindlichen Gemüter verlegen, als unser sonst beliebter Komiker, Schwenke, den Hof auf einen Hof, trübenden Gesichts am ras vorübergehenden und — oh über menschliche Herzensroheit — Front Euch des Lebens, so lang das Kampfer glüht — sang.

In einem noch höheren Grade reizte uns unser jugendlicher Feld, der damit rezentrierte, er habe heute leider eine Einladung bei Frau Kommerzienrat L. abstoßen müssen, da er — für morgen noch den Komiker studieren müsse, was allgemeinen Gläubigen fand. (?)

Den Hof hat ins Gesicht, den Kragen hoch, den Magen und die Tasche leer, so stieg ich langsam die Treppe zu meiner Wohnung hinauf.

Meine Wirtin empfing mich mit der Nachricht, der Theaterdiener sei im Frack dagewesen und habe für mich einen Brief abgegeben. „Im Frack?“ fragte ich erstaunt.

In meinem Zimmer angekommen, leuchtete mir auch schon vom Tische her besagter Brief entgegen. Mit begreiflicher Neugier öffnete ich ihn hastig. Der Inhalt lautete:

„Lieber Kollege! Sie werden gebeten, heute abend mein Gast zu sein. Sie finden nur Kollegen und Kolleginnen vor. Pünktlich um acht Uhr. Gefälligst Winterrock.“

Ihr Kollege P. Schwenke.

Speckstraße 7, drei Treppen.“

Ich sah's und sah's und wollt's nicht glauben. Also wir sollten doch noch unseren gemütlichen Silvesterabend haben? Daß Schwenke, der immer voll der tollsten Streiche steckte, durch einen seltenen Glückszufall, Erbschaft oder Lotteriegewinn, zu Gelde gekommen sein mußte, war mir sofort klar. Selbst der als Gesellschafts-Toilette geforderte Winterrock machte mich bei Schwenkes Usualität nicht einen Augenblick stutzig. Nur eines blieb mir vorläufig ein ungelöstes Rätsel. Sein Zimmer war gerade so groß, daß kein Bett Raum darin fand und ein Stuhl, der die Obliegenheiten eines Waschtisches zu übernehmen die Verpflichtung hatte. Wollte Schwenke sich den Rock anziehen, war er beim Ausrecken des Armes gezwungen, das Fenster zu öffnen. Und in diesem Falle handelte es sich nicht um ein glücklich liebend Paar, sondern um achtzehn weibliche und männliche Mitglieder des Musentempels!

Ich gab es schließlich auf, mir den Kopf meines Kollegen Schwenke zu zerbrechen, und harrete der Dinge, die da kommen sollten.

Und sie kamen.

Als meine Wanduhr, in Gestalt eines gewöhnlichen Weckers, die sechste Stunde anzeigte, begann ich mit meiner Toilette. Ein Hauptbestandteil derselben waren die Gummischuhe, denn erstens mußte unser freundlicher Gastgeber in einer Gegend, die den Abzügen gleichkam, und zweitens weckte die damalige Art der dortigen Stadtverwaltung in mir den Verdacht, Goethe müsse einmal dort gewohnt und sich bei seinen letzten Worten liebevoll dieser Stadt erinnert haben.

Nach mühseliger Wanderung und nicht ohne Unglücksfälle (ich stieß im Dunkel der Nacht auf unsere komische Alte und war gezwungen, sie unter meinen Schutz zu nehmen) traf ich mit Fräulein Pagke — so hieß nämlich der Unglücksfall — gänzlich unzerbrochen beim Festsaal ein.

Widerstrebend erhellte eine Petroleumlampe den Eingang. Der fröhliche Tumult der vor uns eingetroffenen Kollegen war unser Führer.

Wir wurden begeistert empfangen, da wir die letzten waren. Der Aufenthalt der achtzehn Personen in Schwenkes kleinem Zimmer und auf dem Korridor war nichts weniger als angenehm. Endlich wurden wir entlast.

Es schlug acht Uhr, als Schwenke seine Stimme erhob:

„Verehrte Gäste! Haben Sie die Güte, sich meiner Führung anzuvertrauen, ich werde Sie nach den Festräumen geleiten.“

Unsere Neugierde hatte den Siedepunkt erreicht.

Schwenke führte uns die Treppe hinunter, die unter der umgehobenen Last so vieler Talente ächzte. Dann ging es nach dem Hof, der groß, aber stockdunkel war. Nachdem wir uns an die ägyptische Finsternis gewöhnt hatten, gewahrten wir mehrere große vieredrige Kasten vor uns, die sich bald als Möbeltransportwagen entpuppten.



Auf den größten dieser Wagen marschierte Schwenke los, klappte dreimal in die Hände und rief: „Gesam, Gesam, in dich an!“

Wer beschrieb unser Erstaunen, als sich die breiten Wagenkolosse majestätisch öffneten und ein Lichtmeer uns entgegenstrahlte, so daß wir zuerst völlig geblendet waren.

Nachdem sich der erste Dampf hatte, vernahmen wir aus dem improvisierten Festsaal den Einzugsmarsch aus „Lambäuser“, den unser Kapellmeister auf einer Ziehharmonika intonierte.

Es wurde hierauf eine kleine Treppe an den Wagen gelehnt und paarweise, im Winterrock und Hut, betraten wir den „Saal“.

Ein langer, weißgedeckter Tisch, mit Blumen garniert und mit achtzehn Gedeecken, füllte den Wagen. Die Wände waren mit weißen Fenstergardinen verziert, die dem Ganzen noch festlicheren Anstrich gaben. Auf dem Tisch stand ein großer Schinken, verschiedene Arten von Wurst, Käse, Backwerk, Obst usw. In der Ecke machte sich ein Bierfass breit.

Wir waren fast und stamm vor Staunen.

In ungezügelter Reihenfolge nahmen wir Platz und ließen uns es gut schmecken. Die gute Stimmung, die nicht auf sich warten ließ, wurde immer anregender, ein Trinkspruch für unseren edlen Gastgeber verdrängte den andern. Die letzte Viertelstunde des alten Jahres klangte ihrem Ende zu, als sich Kollege Schwenke erhob, an sein Glas klopfte, und also begann:

„Meine lieben Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich sehe mich in der Voraussetzung, daß Ihr alle vollständig erschienen wäret, zu meiner Freude nicht enttäuscht selbst Herr Tischgespräch, das Wohl der jungen Damen unseres noch in den Aufstiegsstadien einer Weltstadt befindlichen Ortes, hat mich dadurch gelehrt, daß er meine Einladung derjenigen der Frau Kommerzienratin S. vorzog, und seinen Komiker verwaist zurückließ.“

Bevor wir dieses Jahr beschließen, bin ich Ihnen eine kleine Aufklärung schuldig. In aller Eile lese ich das große Fragezeichen, wie es möglich war, bei meiner totalen Talentslosigkeit für die Rolle Rothschilds Euch diesen Abend zu bereiten.

Der Wirt zur „Goldenen Henne“, wem von Euch wäre er nicht bekannt — führt er doch, aus Unhänglichkeit zur Kunst, unser aller Namen in seinem Buch, und ich glaube, es wird ihm sehr schwer, einen zu streichen — er trat vor einigen Tagen an mich heran mit der Bitte, ihm ein Poem für den heutigen Abend zu verfassen; ich schlug es ihm nicht ab und binnen wenigen Minuten wird er das noch unbefleckte neue Jahr mit meiner Poesie verunzieren. Es wird das Werk den Meister loben. Schließen auch wir uns dem Lobe an, denn dieses Faß mit dem köstlichen Naß ist mein Dichterhonorar! Die „Goldene Henne“, sie lebe hoch! (Dreifaches Hoch und homerisches Gelächter durchbrauste den Salonwagen.) Die fleischlichen Genüsse verdanken wir dem ebenso bürgerlichen wie ehrlichen Wurst- und Rauchfleischhändler Martin Schwenke in Braunenschweig, der sich mit Stolz meinen Vater nennt und zur rechten Zeit das Einsehen hatte, der Kunst das Brot, nach dem sie geht, etwas schmackhafter zu machen. Er hoffe, so schrieb er in seinem Begleitbrief, in Anbetracht der Menge seiner Sendung würde ich recht lange an ihn denken. Meine lieben Kollegen, ein Blick auf die Reste dieses Tischs lassen mich für die Dauer meines kindlichen Dankgefühlis bangen.

Meinem Alten dieses Glas! Wem der Schinken geschmeckt haben sollte, der schließe sich mir an. (Soviel ich heute noch weiß, schloß sich niemand aus.) So weit seid Ihr über die leiblichen Genüsse aufgeklärt. Was nun das Lokal betrifft, so war es durch Zufall für diesen Tag noch frei; der Fuhrwerksbesitzer Mayer, und außerdem Besitzer eines Parkettabonnements für ungerade Tage in unserem Musentempel, und mein glücklicher Hauswirt, überließ mir diesen Festsaal, in Anbetracht des wohlwollenden Herzens meines Vaters reichte es auch noch, um das Ganze zu begießen.“

Wir freuten uns und ein donnerndes „Prost Neujahr!“ drang in die Nacht hinaus.

Wir blieben noch in angeregtester Stimmung beisammen. Da, auf einmal, so um halb zwei, verspürten wir einen derartigen Stoß, daß ein Teil der Festteilnehmer unter den Tisch fiel.

Wir dachten im ersten Augenblick an ein Erdbeben. Doch als die Stätte unseres Festsaals anfing, sich vorwärts zu bewegen, erkannten wir die Ursache. Schwenkes Hauswirt, der Besitzer des Wagens, ließ, als er sah, daß es höchste Zeit war, heimlich anspannen und jeden einzelnen vor sein Heim schaffen.



Hatten wir durch die Freundlichkeit unseres Kunstmacen und die Zugkraft seiner Gänse auch Gelegenheit, den Becher der Freude bis zum letzten Augenblick auszukosten, so waren die Bewohner des Städtchens weniger mit den „fahrenden Sängern“ zufrieden. Wir hatten die geniale Idee am nächsten Tage bei der bitterbösen Obrigkeit zu küssen.

Geniale Ideen haben eben immer einen Dornenweg.

## Humoristische Ecke.

Der „Wahre Jakob“ bringt in seiner neuesten Nummer folgende Beiträge:

Auguste und „gnädige Frau“.

„Aber, gnädige Frau, jetzt kann ich doch keine Einkäufe machen! Bei dem Wetter jagt man doch keinen Hund vor die Tür!“

„Fifi sollen Sie ja auch gar nicht mitnehmen, der bleibt selbstverständlich hier!“

Reichtum und Armut

heißt der Schulaufsatz, den Hanschen mit folgenden Sätzen beginnt: „Die Sterblichen sind alle gleich. Es kommt nicht auf den Anzug oder das Kleid an, sondern auf den Menschen, der drin steckt.“

Wenn einer schäbige Hosen trägt, dann ist doch die Hauptsache, daß ein warmes Herz darin schlägt!“

Aus Moskau.

„Genosse Kommissar, die Ruh unseres Kollektivs hat gekalbt!“

„Drähten Sie nach Europa: Fünfjahresplan in Sibirien durchgeführt!“

(Heftpreis 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten und der Verlag J. S. W. Dieß Nachf., O. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, entgegen.)

Pech!

„Na, worüber haben Sie sich denn geärgert?“ fragte Frau Redlich ihren Kaufmann.

„Ach, eben war eine Kommission hier, die meine Gewichte geprüft hat.“

„So? Da sind sie wohl dahintergekommen, daß Ihr Pfundgewicht nur 450 Gramm wiegt?“

„Viel schlimmer! Es wiegt 560 Gramm.“

Abfuhr.

„Ich bereise nun England seit mehr als 20 Jahren“, sagte der Amerikaner, „habe aber nie so smarte Geschäftskente gefunden wie bei uns in Newyork.“

„Das kommt daher, daß die bei uns im Gefängnis sitzen“, entgegnete der Engländer.